

Der Weltstaat. Organismus und Organisation ist ein 1960 erschienener Essay von Ernst Jünger. Er ist zuerst erschienen in dem Sammelband *Wo stehen wir heute*, herausgegeben von H. Walter Bähr, und nimmt den Titel des Bandes als Ausgangspunkt. Jünger betont, dass **man** weniger „steht“, als **sich in Bewegung befindet**. **Diese Bewegung** beschleunige sich zunehmend und **laufe auf einen Weltstaat hinaus**. Der Weltstaat gehört mit *Der Waldgang*, *Über die Linie*, *Der gordische Knoten* und *An der Zeitmauer* in eine Reihe von Essays, in denen sich Jünger in den 1950er Jahren mit der politischen Situation seiner Zeit auseinandersetzt.

Auf die Frage „wo stehen wir heute?“ antwortet Jünger zunächst, dass man weniger „steht“ als sich in Bewegung befindet. **Dies zudem in einem Accelerando, einer ständigen Beschleunigung**. Deshalb sind auch große Standbilder bedeutender Menschen problematisch geworden. *Der Mensch, auch und gerade in der höchsten Position, wird zufällig, wird auswechselbar* (sämtl. Werke 7 S. 487f).

Auch der Staat wird von dieser Beschleunigung erfasst, er zieht immer größere Ressourcen an sich, wird für den Einzelnen und für Völker kostspielig, der Staat wird ungeheuer (S. 491). Derzeit gibt es nur noch zwei absolut souveräne Staaten (das waren 1960 die USA und die Sowjetunion). Jünger hält diese beiden für sehr ähnlich: Indessen darf man sich durch die Polemik und ihre Ausschreitungen nicht beirren lassen: Bei unbefangener Ansicht erstaunt die große und wachsende Gleichförmigkeit, die sich über die Länder ausbreitet (S. 492). So führten beide Staaten die gleichen Leitworte, Friede, Freiheit und Demokratie und auch das gleiche Symbol, den Stern. Dass dieser mal rot, mal weiß sei, gleiche eher einem Flackern als einem wirklichen Unterschied.

Wie ein Übergang zu einem Weltstaat vor sich gehen könnte, wird in dem Essay nicht ausgeführt. Von *Konferenzen, Plänen, Verträgen* soll man nicht viel erhoffen. Jünger behauptet nur allgemein: *Eine Weltbewegung ist offensichtlich auf der Suche nach dem Mittelpunkt* (S. 498f). Gegen Ende heißt es: *Die planetarische Ordnung ist sowohl dem Typus wie der Ausstattung nach bereits vollzogen. Es fehlt nur noch ihre Anerkennung, ihre Deklaration* (S. 525). ((siehe Garry Davis, von Jünger beschwiegen))

Der Weltstaat wird laut Jünger eine neue Qualität erreichen, da er nicht mehr einer von vielen, sondern einzig ist. Unter anderem **benötigt er deshalb kein Heer**. Jünger stellt als Möglichkeit an den Schluss: **Dann könnte der menschliche Organismus als das eigentlich Humane**, vom Zwang der Organisation befreit, **reiner hervortreten** (S. 526).

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43160994.html>

26.04.1961 Nr. 18

noch in der Ära von Dag Hammarskjöld

NEU IN DEUTSCHLAND Ernst Jünger: „Der Weltstaat“.

Der 66-jährige "Stahlgewitter"-Dichter stellt sich mit diesem Essay in die Reihe jener westlichen Publizisten, die in der Gründung einer globalen Republik den einzigen Ausweg aus dem Chaos der Zeit sehen. Jüngers Begründung ist nahezu simpel: **Da Kriege die ganze Welt zerstören können und demnach sinnlos geworden sind, bleibt nur der Weg zur vereinigten Welt**. Sie erscheint Jünger möglich und notwendig, weil die Ähnlichkeit der Riesenpartner Rußland und Amerika die Vermutung nahelege, "daß es sich hier um Modelle handelt: um die beiden Hälften der Gußform zur Bildung eines Weltstaates". Dieses Plädoyer für die Weltrepublik würde freilich kaum besondere Aufmerksamkeit verdienen, wäre sein Verfasser nicht derselbe Mann, der mit seinem [Ehttps://de.wikipedia.org/wiki/Der_Weltstaat](https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Weltstaat)ssay "Der Arbeiter" (1932) eine heroische Gesellschaftsordnung begründen wollte und stolz rügte: **"Wer in dem Krieg nur das eigene Leiden empfand, der hat ihn als Sklave erlebt."** Heute ist Jünger zu der Erkenntnis gekommen, daß des Staates "Kriege verdächtig werden, seine Grenzen fragwürdig". (Ernst Klett Verlag, Stuttgart; 76 Seiten; 5,60 Mark.)

Ernst Jünger: Der Weltstaat - Organismus und Organisation. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1960, 75 S.

Wiedergelesen? - Das trifft wohl bei diesem Autor für kaum einen Leser im Osten zu; galt Ernst Jünger in der DDR doch als Rechter, als Nationalist und Kriegsverherrlicher, ja als profaschistisch (vgl. die Wertungen im „Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller“, 2. Aufl., Berlin 1972). Seine Bücher wurden nicht verlegt, Arbeiten über ihn, zumal wenn sie denn zu differenzierteren Urteilen gelangten, hatten keine Chance zur Veröffentlichung. (...) Nicht die erneute Lektüre eines vor Jahrzehnten gelesenen Textes und die Ähnlichkeit bzw. Differenz des Leseerlebnisses sind der Aspekt. Mich interessiert an diesem Text **in einer Zeit, wo „Globalisierung“ die letzte Begründung für eine Vielzahl von Problemen ist, was Jünger vor fast vierzig Jahren unter „Weltstaat“ versteht.**

Dieser philosophische Essay von 1960 beginnt mit einer Frage, die den Autor zu einer Gegenfrage herausfordert. Die Frage lautet: „**Wo stehen wir heute?**“ und war - so ist dieser Erstaufgabe auf einer unpaginierten Seite zu entnehmen - der Titel eines **Sammelbandes** (hrsg. von H. Walter Bähr), in dem sich 20 namhafte Persönlichkeiten (u.a. Max Born, Martin **Buber**, Karl **Jaspers**, Albert Schweitzer, Arnold Toynbee; Jüngers Text war darin gekürzt erschienen) zu ebendieser Frage äußern. - Ernst Jüngers Gegenfrage: „Stehen wir denn überhaupt?“ Und diese Gegenfrage bringt ihn auf den Sachverhalt, den er in den 30 Abschnitten des Textes ausdrücklich oder seine Hintergründe einkreisend von den verschiedensten Seiten her angeht. Er nennt ihn: „**wachsende Beschleunigung**“ oder (ital./musik.) „**accelerando**“; „**Schub**“. Dies im Gegensatz zu „status“, womit er das „Stehen“ („des Bestandes“) aus der Frage aufgreift und davon „Staat“ ableitet; als etwas, das „unser Dasein heute bis in die Einzelheiten formt“.

Meine Schwierigkeit im Verstehen dieses Textes liegt darin, daß ich eher historisch denke, was Jünger schon 1960 (also bevor das „Ende der Geschichte“ ein Modewort wurde) als ein der Vergangenheit angehörendes Denken wertet. Für ihn ist das Historische u. a. an die große, Geschichte machende Persönlichkeit gebunden, deren Zeit abgelaufen ist (versinnbildlicht in der heutigen Unangemessenheit von „Stand“bildern, von Monumenten des „großen Menschen“; dem würde ich ohne weiteres zustimmen); **der Bezugspunkt von Jüngers Denken ist die Erde und ihr Eingebundensein in ein kosmisches Ganzes.**

Dementsprechend ist seine Begrifflichkeit eine ganz andere als die mir vertraute; dem Politischen konfrontiert er **eine Eigengesetzlichkeit der Erde ((Gaia))**, ein „**Erdgeistiges**“ (die Konstatierung seiner Goethe-Rezeption wäre nicht neu), einen „Erdstil“, eine „Erdrevolution“, **einen „Erdplan**“. Es sind die Bilder eines philosophierenden Schriftstellers, der aber, anders als Spengler (gegen den er übrigens im Text kurz polemisiert), nicht den „Untergang“ sieht, sondern ein Wirken der „Erdgeschichte“ (**(Psychohistorie)**) auf den „Ursprung“ hin (was immer das heißt), was ihn durchaus hoffen läßt. Seine Perspektive auf die Gegenwart ist nicht die einer Konsequenz aus der Vergangenheit, sondern er sieht in der Gegenwart „Vorzeichen“, „Anzeichen“ für „Eintretendes“, für etwas, das auf alle Fälle Beunruhigung mit sich bringt.

„Vorzeichen“ in bezug auf den „Weltstaat“ sieht Jünger in der Konstellation des Kalten Krieges (wobei dieser Begriff lediglich einmal, und zwar apostrophiert, fällt, da er sich politischer Begrifflichkeit ja generell nicht bedient): Die **Existenz von zwei Machtzentren** sieht er als Etappe auf dem Weg dahin. Für ihn ist der „historische“ Staat samt seiner Sinngebungen und Ansprüche an den einzelnen an seine Grenzen gekommen. Mein Versuch, das die Dinge umkreisende Denken Jüngers auf eine gewisse Linearität zu bringen, sollte an dieser Stelle besser erst einmal unterbrochen werden. Ist doch seine Perspektive auf die Welt nicht nur die des philosophierenden Schriftstellers, sondern auch die des studierten Naturwissenschaftlers, oder genauer: des Insektenforschers. Als solcher hat er genaue Kenntnis von „Staat“ als Organisationsform im Tierreich, und hierzu setzt er die des Menschen in Analogie (wohlgemerkt: nicht gleich; das Analogisieren war z. B. in der Romantik, etwa bei dem auch naturwissenschaftlich tätigen Novalis, eine Methode, den Erscheinungen auf ihr Wesen zu kommen). (...) Bei den höheren Tierformen finden sich Staatenbildungen seltener. Dies gibt er zu bedenken, wenn von dem Menschen als dem „Zoon politikon“ die Rede ist; die Entscheidung, ob der Staat das dem Menschen Gemäße ist, sei noch in der Schwebe. (Erinnert das nicht an das marxistische Theorem vom notwendigen Absterben des Staates - während demgegenüber seine Strukturen in der staatssozialistischen Praxis allerdings gerade extrem ausgebaut wurden?)

Dies so zu sehen, bedarf es eines immensen Abstandes des Beobachters zu seinem Gegenstand. Und den nimmt sich Jünger, indem er die (kurze) Menschheitsgeschichte in Relation zur Evolution und zur Erdgeschichte betrachtet.

Jünger, der bekennende Nationalist der zwanziger Jahre, reflektiert hier 1960 auch das Problem des deutschen Nationalstaates. Sein Signum sei, „daß die Reformation und die Revolution nicht wie in England und Frankreich durch ein Entweder-Oder gelöst, sondern mit einem Sowohl-als-Auch in der Schwebe geblieben sind“ (diese Wertung könnte den Jünger-Kenner Karl Heinz Bohrer zu der Äußerung geführt

S. 2 Weltstaat (und Weltstaats-saat) Rezi von Karla Kliche:

haben, das Problem der deutschen Einheit sei, daß 1989 kein Blut geflossen ist). **Im „Sowohl-als-Auch“ verberge sich „das Schicksal der Mitte“** (hierin ist er nahe an Thomas Mann), „in der die Fragen nicht so eindeutig und auch nicht so einfach wie an den Rändern zu beantworten sind“. „Der Nationalstaat“, schreibt er, „hat hier nie wirklich Wurzel gefaßt.“ Im übrigen sei generell die Staatsbildung dadurch bestimmt, daß es - menscheitsgeschichtlich gesehen - andere Staaten gab, womit sich kriegerische Gewalt und das Bedürfnis nach (militärischer) Sicherheit begründe.

Doch - um wieder zum Weltstaat zu kommen - gehöre der Nationalstaat ohnehin dem historischen Denken an. Nicht nur seine Inhalte - wie Recht, Moral, Verträge - sind in Bewegung gekommen, sondern der „Rahmen selbst“, d. h. die Organisationsform der Zivilisation. Bei der „Wende“ (S. 18), die Jünger konstatiert, der großen, sich beschleunigenden Bewegung, gehe es nicht um das Schicksal einzelner Völker, sondern des Menschen schlechthin. Wie der Mensch sich darin zu platzieren vermag, hängt nicht zuletzt vom Gebrauch seiner (...) „Willensfreiheit“ ab, dem Humanum an sich, dem „Möglichen“ - gepaart mit Verantwortung (die Möglichkeiten und Gefährdungen durch Wissenschaft und Technik, vor allem die Atombombe, haben sich hier eingezeichnet) -, das seine Grenze vom „Anderen“ erfährt.

Mit der Balance von „rotem und weißem Stern“, von „Partnern“, bei denen er eher Ähnlichkeiten, gar Identitäten, konstatiert als Konkurrenzen, sieht er die beiden Weltstaaten auf dem Wege zum Weltstaat: Sie hätten die gleichen Leitworte (Frieden, Freiheit, Demokratie), ein und dieselbe Technik, die zur Perfektion getrieben wird; wo „die Ideologien verschieden sind, wie hinsichtlich der Wirtschaft, bringen sie doch im Ergebnis immer ähnlichere Formen hervor“. Ähnlichkeit der Ideale findet er zum Beispiel in der Raumfahrt. In dieser prinzipiellen „Ähnlichkeit der Riesenpartner“ sieht er „die beiden Hälften der Gußform zur Bildung eines Weltstaates“, und diese Aussicht hält er für wahrscheinlicher und wünschenswerter als eine neue Aufteilung der Macht unter Einbeziehung Dritter.

„Der Zeitgenosse“, schreibt Jünger, „neigt dazu, den aktuellen Vorgang zu überschätzen ...“ Dieser Gefahr erliegt er nun wahrhaftig nicht. Die unorthodoxe, weit abgehobene Sicht auf die beiden Weltkontrahenten läßt ihn nun aber Dinge wahrnehmen, die dann später durchaus eingingen in konvergenztheoretische Konzepte. Und zudem markiert er letztlich, daß hier die Crux des Untergangs der einen Macht und des mit ihr verbundenen Systems lag: Sie wollte eine neue Welt schaffen, doch letztlich mit denselben Mitteln wie ihr Konkurrent, nur bei eben schlechterer Ausgangsbasis und mit elenderen Mitteln.

Nun ist die eine Großmacht - im Gegensatz zu „Weltstaat“ als einer erdgeschichtlichen Dimension ordnet Jünger diesen Begriff dem in seinem Verständnis überholten geschichtlichen Denken zu - übriggeblieben. In dieser Weise hat das Ernst Jünger 1960 nicht voraussehen können, im Gegenteil: Das „finale Maximum“, das beide bildeten, bot ihm das Modell für seine Weltstaat-Vorstellungen. Details einer möglichen politischen Konstruktion von „Weltstaat“ allerdings gibt er nicht (und wahrscheinlich möchte er sie auch gar nicht wissen). - Nun also die eine Großmacht und „Globalisierung“ - geht das zusammen?

Jünger spricht mehrmals von dialektischen Sprüngen, dem Umschlagen von Quantität in Qualität. Wie die Lage aktuell ist, liegt hier ein solcher Qualitätssprung, auch im Sinne Jüngers, nicht vor: **Sein globales (der Begriff fällt, ebenso wie „planetarisch“) Denken ist menscheits- und erdgeschichtlich orientiert.** In diesem Sinne wird „global“ heute zwar im Hinblick auf Gefährdungen der Erde und der Menschheit benutzt, vor allem aber herrscht dieser Begriffsgebrauch vor in bezug auf Weltmarkt, Wirtschaft, Finanzen ... Damit verbleibt das Denken und Agieren auf der Ebene der Inhalte, ignoriert, daß - um mit Jünger zu sprechen - der „Rahmen selbst“ in Bewegung gekommen ist. Daß die neuen Medien etwa das herkömmliche Vertragsverständnis sprengen, zeigt sich ja gerade; von den die Grenzen in Frage stellenden Migrationsbewegungen ganz zu schweigen. Das Problem „Arbeit“ sucht die Politik mit herkömmlichen Mitteln - das heißt im „alten Rahmen“ - zu lösen, wenn nicht unter dem Vorwand der „Globalisierung“ die Arbeit zu Dumpinglöhnen in die ärmeren Länder verlagert wird. **Der „Rückzug des (nationalen) Staates“** (der „Organisation“), was sich ja vielleicht mit Jüngers Vorstellungen treffen könnte, gestaltet sich jedoch als ein Zurück **ins 19. Jahrhundert**, doch nun global. Eine menscheitsgeschichtliche Dimension ist darin nicht zu erkennen. Jünger versuchte eine solche wenigstens, als er die Tendenzen wahrnahm, wenn auch seine Vorstellungen Anlaß zum Streiten sein könnten. (...)

Er spricht von „Angleichung der Geschlechter“ (dies wäre ein eigenes Thema). Jüngers Blick auf die Welt ist der eines Ästheteten, er ist elitär, sicher. Er sieht sich als Beobachter, der innerhalb einer beschleunigten Bewegung einen Standort sucht - und findet: als „musischer Geist in seiner größeren Nähe zum Sein“ als der „historisch oder gar *politisch Wahrnehmende*“ und im wohl auch ihn selbst einschließenden Verständnis von Dichtung: **„Immer muss Dichtung, müssen Dichter vorangehen.“** ((Garry Davis & Co.))

<https://www.global-review.info/2016/01/13/franz-josef-strauss-ernst-junger-und-der-weltstaat/>

Franz Josef Strauss, Ernst Jünger und der Weltstaat

von Ralf Ostner Lautensackstr.2, München Gepostet am Mittwoch, Januar 13th, 2016 um 08:20

Diskussionen über einen Weltstaat gibt es schon lange. Sei es Kant, der dann aber vom Weltstaat zu einer Weltföderation wechselte, seien es die Diskussionen um Global Governance

<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2008/juli-august/auf-dem-weg-zum-weltstaat>

seien es die Diskussionen um eine Weltrepublik statt einem Weltstaat,

http://www.suhrkamp.de/buecher/weltstaat_oder_staatenwelt_-_29066.html

ja selbst christliche Autoren thematisieren dies, jedoch mit Verweis auf die Johannes-Offenbarung als die Ankunft des Antichristen. <http://www.stmichael-online.de/weltstaat.htm>

Ein CSU-Bekannter gab mir, als wir über den Weltstaat diskutierten eine **Rede** von Franz Josef Strauss „**Vom Nationalstaat zum Weltstaat**“ vom **03. März 1961**.

<http://www.ueberseeclub.de/resources/Server/pdf-Dateien/1960-1969/vortrag-1961-03-03Dr.%20h.c.%20Franz-Josef%20Strau%C3%9F.pdf>

Sehr interessant, dass sich dieser nationalkonservative Europäer damals auch schon mit diesen Gedanken beschäftigte. Er hält die Rede zur Hochzeit des Kalten Krieges (Mauerbau, 1 Jahr vor der Kubakrise) und ein Jahr nach der von dem konservativen Denker und Schriftsteller Ernst Jünger 1960 erschienenen Schrift „Der Weltstaat“, der bisher eigentlich immer als fanatischer Nationalist und Militarist in seinen Schriften „Stahlgewitter“, „Der Arbeiter“, etc. Ruhm erlangt hatte. Zielgruppe und Auditorium von Straußens Rede war der **Hamburger Überseeclub**, also konservatives, wenngleich kosmopolitisches Handelskapitalbürgertum– Hanseaten eben, wobei Strauss selbst in seiner Rede Hamburg als „Tor zur Welt“ bezeichnete. Zudem hielt es Strauss für notwendig auf die Thesen von Ernst Jüngers „Der Weltstaat“ einzugehen–scheinbar hatte dieses Werk in konservativen Kreisen damals so einige Diskussionen bewirkt.

Strauss: «Vom Nationalstaat zum Weltstaat». Vielleicht im Sinne eines antinomischen Gewichtes, vielleicht aus Heimweh nach der verloren gegangenen inneren Einheit der Menschen und des Menschlichen. Ein Besonderes muss erwähnt werden, wir Europäer haben unter dem Begriff **Weltgeschichte & Weltstaat** immer mit Vorrang Werden und Sein ... der abendländischen Welt in ihrer staatlichen Ordnung gesehen, also Amerika, Afrika südlich des Mittelmeerkreises, Asien östlich des antiken Kulturbereiches & die polynesisch-ozeanische Welt außer Betracht gelassen. Wir erkennen aber heute, dass diese europäische egozentrische Denkweise und Darstellung ahistorisch, wenn auch pragmatisch war, aber heute auch vom Pragmatischen her nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, weil sich die gesamten Verhältnisse verändert haben“
(...)

„...Lösung, die zwar in der Idee nicht neu war, aber zum ersten mal wenigstens das Stadium der institutionellen Verwirklichung erlebte, nämlich mit dem Völkerbund, einer übernationalen Organisation und einer überstaatlichen Gemeinschaft. Die Idee war nicht neu, sie geht zurück auf Vorstellungen, die bald nach dem Zerfall des mittelalterlichen Reichsgedankens da und dort entstanden und über die Jahrhunderte hinweg zu verfolgen sind (P.Dubois, Campanella, Sully, Kant, Görres, Novalis, auch Leibnitz) und die sich insbesondere in Gedankengängen um die Frage bewegten, wie «der ewige Frieden» verwirklicht werden könnte. Der Anstoß kam damals von dem Präsidenten Woodrow Wilson, ...“
(...)

„Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass nicht ein europäischer, sondern ein afrikanischer Staatsmann auch damals, wie später im Zweiten Weltkrieg, Problematik, Gedanken und Notwendigkeiten klarer gesehen hat, als es in Europa oder Amerika der Fall war. Ich zitiere **Theodor Schieder** in seinem **Aufsatz «Idee und Gestalt des übernationalen Staates»**. Er sagt, Smuts sei wohl der einzige alliierte Staatsmann gewesen, der mit klaren Worten gesagt habe, dass der Völkerbund an die Stelle und in die Rolle der zusammengebrochenen großen Reiche Russland, Österreich-Ungarn und Türkei treten müsse. Smuts hat betont, dass der Untergang der alten Reiche nicht ein leeres Haus für nationalen Individualismus ((meint: Gruppenegoismus)) oder für Anarchie hinterlassen dürfe, ...“
(...)

„In Europa bildeten sich Diktaturen mit imperialistischer Zielsetzung. Der Erste Weltkrieg, der geführt worden war, um die Welt für die Demokratie sicher zu machen (H. G. Wells, 1914) führte dazu, dass die Diktatur ihr Haupt erhob: Zunächst die Diktatur des Proletariats in Russland, dann die faschistische Diktatur in Italien und schließlich die Diktatur Hitlers in Deutschland.

Diese Diktaturen sind ein historischer Beweis für den Höhepunkt und das Ende der europäischen Nationalstaaten. Immer wird in geschichtlichen Krisen der Versuch gemacht, durch eine Übersteigerung des gerade überlebten Prinzips irgendwie die Lage zu retten. In Wahrheit sind alle Nationalismen in solchen Augenblicken in eine Sackgasse geraten. An der vielleicht utopischen Zielsetzung, an dem Widerspruch von Theorie und Praxis, an dem Fernbleiben der USA und an dem nationalistischen Imperialismus der Diktaturen, ging schließlich auch der Völkerbund zugrunde.“
(...)

„Heute ist ein Flug um die Erde in 36 Stunden, in kurzer Zeit in 24 Stunden möglich. Eine interkontinentale Rakete fliegt in 30 Minuten mit 28 000 km/h Geschwindigkeit von Zentral-Russland nach Ostamerika. Ein Erdsatellit umkreist die Erde in 80 bis 90 Minuten. Die Frage heißt: **Sind unsere Institutionen noch diesen Veränderungen gegenüber wirklich adäquat?**

Wenn der Mensch, der homo sapiens, ein animal rationale wäre, dann käme er nicht nur zu der Schlussfolgerung, dass der Stand der naturwissenschaftlichen Forschung und die technische Anwendung ihrer Ergebnisse heute eine Weltregierung erfordert, sondern er käme dann zu gewissen praktischen Konsequenzen. **Eine Weltregierung wäre heute für die Lösung gewisser Probleme erforderlich.**“
(...)

Es ist dabei selbstverständlich, dass **eine solche Weltorganisation nur eine subsidiäre Funktion ausüben könnte**, d.h. sich auf die Lösung der Probleme beschränken müsste, die nach Sachverstand und Verantwortung auf niedrigen Ebenen der staatlichen Gemeinschaft nicht mehr gelöst werden können, insbesondere auch deshalb, weil Schnelligkeit, Reichweite und Wirkung moderner Waffen die Erde von heute kleiner gemacht haben, als es das Land Attika mit Athen vor 2400 Jahren gewesen ist. Es wäre dabei auch selbstverständlich, dass **diese Weltorganisation sich nicht in die innere Autonomie der einzelnen Mitgliedstaaten einmischen dürfte**, es sei denn ((wenn)), dass **die Entwicklung in einem Staat eine Gefahr für die Umwelt darstellt, oder dass dort die menschlichen Grundrechte mit Füßen getreten werden.** Aber leider ist diese Vorstellung, eine Weltregierung oder eine Weltorganisation zur Lösung der übergeordneten Probleme einzusetzen, eine Utopie, solange eine Seite unveränderlich an der kommunistischen Geschichtsauffassung & am kommunistischen Weltbild festhält.“
(...)

„**Die Zeit des absoluten Nationalstaates mit angeblich unbegrenzter Souveränität ist heute endgültig vorbei. Die Zeit des Anbruchs eines Weltstaates ist aber nur in poetische, theoretische oder humanitäre Denkkategorien gekommen, leider noch nicht in die politische Praxis.** Die deutsche Politik kann nur noch eine Funktion der europäischen und die europäische eine Funktion der euro-amerikanischen, der atlantischen Politik sein. Die Geschichte hat bewiesen, dass die Europäer nur schöpferisch leben können, wenn sie in eine gemeinsame Aufgabe hineingestellt werden. Nur das Bewusstsein, Verantwortung zu tragen, und die dazu nötige geistige Zucht kann die Europäer in der nötigen geistigen und politischen Spannung halten.“

(...)
Alle Nationen und Gemeinschaften mussten erdacht, erträumt, ersehnt, erkämpft, erlitten werden, ehe sie Wirklichkeit wurden. Man darf die Geschichte nicht vom Standpunkt des Archivars aus sehen, der nur die fertigen Dinge sieht, so ehrenhaft auch sein Beruf ist. Wenn es den USA gelingt, den Europäern dieses Ziel klarer als bisher vor Augen zu stellen, und wenn die Europäer die Konsequenzen aus dem auseinanderklaffen ihrer politischen Formen und aus der wissenschaftlich-technischen Revolution entspringenden Notwendigkeit zu ziehen bereit sind, dann wird der wirtschaftlichen **Renaissance Europas**, die eine Tatsache ist, die politische folgen, sicherlich **nicht mehr in der Fortsetzung des nationalstaatlichen Systems, auch noch nicht in einem Welt-staat**, sondern in einer Lösung, die erreichbar ist, wenn die Öffentlichkeit und politischen Führungen erkennen, was die Stunde geschlagen hat, wem sie geschlagen hat, damit sie zur rettenden Stunde werde.“

Jünger argumentierte ja so, dass es aufgrund des möglichen nuklearen Todes zu einer Annäherung zwischen den USA und der Sowjetunion kommen werde, eine geschichtliche Bewegung, die in einem Weltstaat enden würden. Damals gab es noch nicht die Globalisierung, die Internationalität der Finanzmärkte und der Telekommunikations- und Transportmittel, die Internationalisierung der

Produktions- und Wertschöpfungsketten in dem heutigen Ausmasse, so dass Jünger hier auf recht eigenartige Begründungen kommt, warum es zu einem Weltstaat kommen sollte. So hätten die USA und die UdSSR die gleichen Symbole, nämlich den Stern (Sowjetstern und Stars and Stripes), gleiche Technologie und zudem gleichklingende Politparolen.

(...) wünschenswerter als eine neue Aufteilung der Macht unter Einbeziehung Dritter.“

http://www.luise-berlin.de/lesezei/blz98_07/text04.htm

Wohl etwas dürftig und konfus als Begründung. Scheinbar scheint damals eine gewisse Friedenssehnsucht angesichts eines möglichen nuklearen Krieges geherrscht zu haben und der unterschwellige Wunsch diesen durch Annäherung an das andere System oder eben Weltsstaats-Ideen zu verhindern. In diese Zeit fallen ja dann auch die **Konvergenztheorie** Kenneth Galbraiths, der beide Systeme vor allem nur als Industriegesellschaften und Managereliten auf beiden Seiten sehen wollte, die mehr Gemeinsames denn Trennendes hätten, also gar nicht so unterschiedliche Systeme wären.

In diesem Kontext nun hält **Strauss** seine Rede, in dem er **postuliert, dass es einen Weltstaat nicht geben könne, solange es den Kommunismus gebe**, da dies ein völlig entgegengesetztes System sei. Er geht zum einen auf die historische Entwicklung der alten Reiche, der Entstehung des Nationalstaats, der EG, der Blockkonfrontation ein, er zeigt, dass die Kommunisten den Völkerbund zuerst als Club von imperialistischen Räubern ablehnten, dass die kommunistischen Staaten später dann in der UNO vor allem feindliche Obstruktionspolitik verfolgten und gegen einen möglichen Weltstaat arbeiteten. **Einen Weltstaat könne es folglich nur geben, wenn der Kommunismus aufhöre zu existieren und ausgelöscht sei. Dann geht Strauss auch noch ganz kurz darauf ein, wie ein solcher Weltstaat beschaffen sein sollte. Nur lebenswichtige Politikfelder sollte dieser zur Verwaltung haben, wie etwa die Abrüstung, ansonsten sei das Subsidiaritätsprinzip ausschlaggebend.** Mein CSU-Bekannter meinte dann noch augenzwinkernd: Solch ein Weltstaat hätte wohl München als neue Hauptstadt und FJS als neuen Weltenimperator haben sollen.

Der Weltstaat Jüngers hat aber als analytische Kategorie die Konvergenztheorie zur Grundlage, die zur Schaffung selbigen aufgrund der atomaren Weltuntergangsgefahr kommen sieht und nicht die ökonomische Analyse. Jünger sieht denn ähnlich wie dazumal Galbraith nur noch verwaltete Industriegesellschaften, die von Managern und Technokraten bewirtschaftet werden und aufgrund ähnlicher Industrietechnologie beider Systeme da eigentlich keinen Systemunterschied mehr, auf den aber dann FJ Strauß in seiner Entgegnung auf Jüngers Weltsaat in seiner Rede des Hamburger Überseeclubs zentral einging. Des weiteren sucht Jünger dann verzweifelt Gemeinsamkeiten, wie etwa das Sternsymbol. Es handelt sich eben um eine metaphysische Analyse, die aber nicht den marxistisch-kapitalistischen/ökonomischen Gegensatz ins Zentrum stellt oder gar die ökonomische Globalisierung und den eigentlichen Zwang zur politischen Globalisierung thematisiert, die damals aber auch erst in den Anfängen stand. Insofern ist das Buch nicht sonderlich brauchbar, wenngleich es vom Weltstaat spricht. Jünger erinnert da etwas an Gorbatschow, der auch nur noch von Menschheit als zentraler Kategorie sprach angesichts der Gefahr der nuklearen Auslöschung und dem alles unterordnete. Wobei **die Gefahr von Weltkriegen, Klimawandel, ökologische Vernichtung heute ebenso als Argumente neben weltökonomischen Argumenten dienen, um die Forderung nach einem Weltstaat, Weltföderation, Global Governance** oder zumindestens internationalen Institutionen dienen.

Zweitens muss man sehen, dass auch die Linke sehr nationalistisch ist. Das begann schon mit **Stalins „Sozialismus in einem Land“** und führte dazu, dass die Kommunisten eher Nationalbolschewisten wurden—mit zumeist verqueren Autarkievorstellungen—in brutalster Form eben Pol Pot. Einzige Ausnahme war Trotzki, der immer noch für eine Weltrevolution und einen **Weltsowjet** eintrat, jedoch als Planwirtschaft, von der wir wissen, dass sie ja auch nicht funktioniert. Es gibt bis heute geprägt durch den Nationalbolschewismus Stalins, Maos, etc. keine linken Schriften, die sich mit der Frage des Nationalstaats und der Globalisierung auseinandersetzen oder gar in Richtung von **Trotzkis Weltstaat** gehen. Selbst der vielzitierten Wagenknecht schwebt nur eine DDR light oder etwas mehr Ludwig Erhardt mit Arbeitnehmerbeteiligung vor, sie bleibt aber dem Nationalstaat gedanklich verbunden. ((fixiert!)) Deswegen auch mein „Manifest des Globalismus“, in dem ich

mich auch mit dem Nationalismus der Linken auseinandersetze.

Aus Das Kapital wurde erst eine Ideologie gemacht in Form des Marxismus-Leninismus. Das Buch selbst ist immer noch eine hervorragende wissenschaftliche Analyse des Kapitalismus, das immer noch sehr aktuell ist und richtiger liegt als all jene bürgerlichen Ökonomen, die die Funktionsweise des Kapitalismus schlechthin falsch erklären. Zudem beinhaltet das Kommunistische Manifest Passagen, die die Globalisierung hervorragend voraussehen und beschreiben. Was bei Marx eher fehlt ist eine Analyse des Nationalstaats im Zusammenhang mit der Globalisierung, wie auch bei den meisten Linken.

Ein Kommentator meinte: „Solange die Welt in Nationalökonomien eingeteilt ist, muss der Ausgleich des Welthandels angestrebt werden.“ **Ja, eigentlich bräuchte es eine Weltökonomie mit einem Weltstaat. Die Wahrheit ist: Der Kapitalismus drängt auf Globalisierung und weltweite ökonomische Expansion, da jedoch die Globalisierung im Rahmen der nationalstaatlichen Konkurrenz stattfindet, erzeugt sie Krisen, die dafür sorgen, dass immer mehr Leute nun nicht die politische Globalisierung mittels eines Weltstaates oder einer Weltföderation oder internationaler Institutionen fordern, sondern sich auf den vermeintlichen Schutzraum und die scheinbar übersehbare und kontrollierbare Basiseinheit des Nationalstaats zurückziehen und diesen desto aggressiver gegen andere Nationalstaaten in Konkurrenz stellen. Der Standortnationalismus erfährt hier eben seine praktische Zuspitzung. Eine kapitalistische Globalisierung unter Nationalstaatenkonkurrenz kann ohne die politische Globalisierung mittels internationaler Institutionen, eines Weltstaates oder einer Weltföderation ebensowenig funktionieren, wie ein Euro ohne europäischen Zentralstaat und optimalen Währungsraum.**

Deswegen erhält auch Trumps Forderung „Americanism“ und „America first“ statt Globalism so viel Zustimmung und erscheint vielen als logisch, pragmatisch und Ausdruck normalen und praktischen Menschenverstandes. Dieser nationalen Sackgasse gilt es einen internationalistischen Ausweg zu weisen, weswegen ich das **Manifest des Globalismus** geschrieben habe. Dazu möchte ich darauf hinweisen, das all dies noch nicht sonderlich elaboriert ist, sondern erst einmal mehr Fragen stellt, als Antworten gibt und mehr als eine Bestandsaufnahme der jetzigen Welt ist.

Lesetip daher zum Thema Weltstaat: Das Manifest des Globalismus (Teil 1 und Teil 2)

<http://www.global-review.info/2015/09/18/identitat-globalisierung-und-ich-bin-malala/>

<http://www.global-review.info/2015/12/22/manifest-des-globalismus-gegen-kapitalismus-kommunismus-und-nationalstaatenkonkurrenz-teil-2/>

Manifest des Globalismus – Identität, Globalisierung und „Ich bin Malala“

von Ralf Ostner

Gepostet am Freitag, September 18th, 2015 um 21:14

Dieses Manifest soll zeigen, dass der heutige Nationalstaat und das Wirtschaftssystem, auf dem er beruht ein absoluter Widerspruch ist, da der Nationalstaat die wesentlichen Funktionen des Überlebens der Menschheit, sowie seiner ihm untergeordneten Staatsvölker angesichts von internationalen Finanz-, Wirtschafts- Flüchtlings- und Umweltkrisen, die weltweite Friedenserhaltung aufgrund internationalem Rüstungswettlauf nicht mehr nationalstaatlich zu garantieren weiss, es sei denn er will tendenziell in immer abgeschottetere Nationalstaatenkonkurrenz übergehen, die ihn in Mangelwirtschaft bringen wird und die ihn wiederum in Widerspruch zu den Globalisierungstendenzen bringen, die die Entwicklung der Produktivkräfte, namentlich die mikroelektronische 3. Revolution, die Digitalisierung und die Industrie 4.0 mit weiterem Zwang zur Globalisierung nehmen lassen, zumal aufgrund der immer globalisierteren Militärkonkurrenz und den nationalstaatlichen Interessen einen neuen Weltkrieg wahrscheinlich machen. Auf unterer Stufe: Die Weltteile, die nicht einmal eine Nationalstaatsexistenz aufrechterhalten können und immer mehr in Subidentitäten wie Regionen, Stämme, Religionen, Clans, organisierter Kriminalität, etc. zersplittern und da noch ihre letzte Schutzgemeinschaft sehen, sollten Warnung genug sein, wenn grössere Einheiten wie die EU ihre Lösung immer mehr in nationalstaatlichen Lösungen sehen. Von daher wollen wir eine neue Bewegung ins Leben rufen, um all diesen regressiven Tendenzen und dem Kapitalismus oder eben seinem oligarchisch-kapitalistischen

Gegenmodell ala Russland und China etwas grundsätzlich Neues entgegenzustellen. Auch wenn man heute die internationalen Bemühungen im Kampf gegen die regressivste Tendenz des Weltkapitalismus, den Islamischen Staat sieht, wird man sich doch klar, wie die nationalstaatlichen Interessen den Kampf trotz verbaler Einigkeitserklärungen beim Syrien-Gipfel in Wien oder dem G-20- Gipfel in Ankara zunichte machen und völlig ineffektiv sind. Zudem hat auch der US-Generalstabschef erklärt, dass man neben dem IS auch wieder mit Großkonflikten, namentlich USA und Russland und USA und China rechnen müsse.

Betrachtet man sich all diese Konfliktpotentiale, die sich jederzeit entladen können, sollte man nationalstaatlichen Identitäten gründlich abschwören und versuchen eine neue Bewegung zu gründen. Wenn man solch einer neuen Bewegung einen Namen geben sollte, dann Globalismus und ihren Anhängern Globalisten. Was bedeutet Globalismus als Kurzformel: Eine internationale Organisation jenseits der Nationalstaaten, des Kapitalismus und des Realcommunismus, die die wesentlichen Hauptprobleme der heutigen Welt löst: Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und Flüchtlingskrisen und die zunehmende militärische Bedrohung im Schatten von Massenvernichtungswaffen zwischen Nationalstaaten, vor allem den USA und Russland und den USA und China. Dabei kann man auch bei einer internationalen Organisation immer noch das Subsidiaritätsprinzip walten lassen, d.h. nicht alle Aufgaben an sich ziehen, sondern nur die für das Überleben der Menschheit wichtigen. Globalismus bedeutet auch keinesfalls Vereinheitlichung aller Kultur und aller Lebensäußerungen. Es soll kein Mao oder Adolf goes global sein! Von daher müssen auch innerhalb solch einer internationalistischen Struktur neben subsidiaritären Elementen die Prinzipien von check and balances und der Gewaltenteilung gelten, damit kein globaler Totalitarismus herauskommt.

Die Menschheit, die Identität und die materielle Basis: Nationalstaat und Kapitalismus

Angesichts der neuen Flüchtlingswelle stellt sich die Frage der Identität: Sind wir Deutsche, Europäer, Weltbürger, Mensch oder was immer? Papst Franziskus beantwortet die Frage recht einfach: Wir sind alles Menschen unter Gottes gemeinsamer Liebe und in seiner Solidargemeinschaft. Wir sollen die Wassersuppe verdünnen und teilen ((pervers angesichts der zusammengerafften und nicht-verteilten Reichtümer der Römisch-katholischen Amtskirche)), wenn der Notdürftige an die Pforten klopft. Merkel hat sich ähnlich positioniert mit ihrer Bemerkung, das Asylrecht gelte „unbegrenzt“. Ebenso sehen sich Organisationen wie Pro Asyl oder andere Flüchtlingslobbys der Menschheit, den Menschenrechten allein verpflichtet, wobei wie beim Papst eben die Forderungen nach Menschlichkeit, Menschenwürde und Menschheit locker erhoben werden können, da diese Vertreter Maximalforderungen stellen können, da sie selbst nicht wie Politiker an materielle Grenzen, Staatshaushalte, Wählerbasis, die vor allem noch nationalen Identitäten fröhnt und Grenzen des ökonomischen Systems gebunden sind. Das wiederum ist Merkel schon, weswegen sie da in einen Widerspruch zu ihrer eigenen Parteibasis kommt und von der CSU inzwischen attackiert wird. Aber Pro Asyl und der Papst berufen sich auf Menschenwürde, Humanität und anderes, eben aus dem Wissen heraus, dass sie keiner Basis oder materiellen Grenzen gehorchen müssen. So spricht auch die FAZ von Pro Asyl als „Lobby“.

“Die Flüchtlingslobby hat es leicht: Niemand macht sie für die Folgen ihrer Forderungen verantwortlich. Die Politik hat diesen Luxus nicht, wie die Debatte bei Maybrit Illner zeigt. (...) Sie schaffen Mobilität und Wohlstand. Eine Lobby sind sie aber nicht. Schließlich haben Lobbys einen schlechten Ruf. Diese stehen bekanntlich in dem Verdacht, bornierte Einzelinteressen durchzusetzen. Trotzdem könnte man den Verband der Automobilindustrie (VDA) so beschreiben: als Verband für Mobilität und Wohlstand. Nun wehrte sich gestern Abend bei Frau Illner der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt, gegen diese Charakterisierung als Lobbyist. Er sei „ein Mensch, der sich um die Menschenrechte kümmert.“ Aber sind Wohlstand und Mobilität soviel weniger wert als Menschenrechte? Macht allein das Burkhardt ehrenwerter als den Präsidenten des VDA, Matthias Wissmann? Hier verbirgt sich ein gravierendes Missverständnis über den Charakter von Lobbys. Es geht dabei nicht um die moralische Bewertung ihrer Ziele, sondern um deren Verhältnis zur Politik. Alle Interessengruppen wollen ihr Anliegen im politischen Prozess durchsetzen. Sie sind aber nicht für die Folgen politischer Entscheidungen verantwortlich. Das gilt nur für die Politik, die dazu allein vom Wähler legitimiert worden ist. Dafür erwarten die Bürger dieses Landes, dass sie sich nicht allein von den Erwartungen der Interessengruppen leiten lässt. Ein hehres Ziel, wohl wahr.
Ein klassischer Lobbyist
Der Unterschied zwischen den Lobbys besteht in ihrer Durchsetzungsfähigkeit. In der Vergangenheit ist

das dem VDA zweifellos besser gelungen als Pro Asyl. Nur ist deshalb trotzdem nicht die Autoindustrie für die Abgasnoten verantwortlich. Oder Pro Asyl für die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland. Beide versuchen ihre Ziele durchzusetzen: Autos zu verkaufen oder Flüchtlingen zu helfen. Diese Differenz zwischen Politik und Lobbys kam gestern Abend bei Frau Illner gut zum Ausdruck. Es wurde nämlich deutlich, was in der Flüchtlingskrise in den vergangenen Wochen passiert ist. Pro Asyl konnte eine völlig neue Erfahrung machen. Plötzlich nimmt dieses Land in einem Jahr eine Million Flüchtlinge auf anstatt sich wie früher in der Festung Europa abzuschotten. Das eigene Anliegen, diesen geschundenen Menschen zu helfen, hat alle anderen Kriterien politischen Handelns in den Hintergrund gedrängt. Für deren Folgen ist aber nicht Burkhardt verantwortlich, sondern zum Beispiel der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne). Er muss Unterkünfte bereitstellen und die Kinder der Flüchtlinge beschulen. Später hat er für Deutschkurse zu sorgen und Wohnungen bereitzustellen, damit diese Menschen überhaupt die Chance haben, in seiner Stadt Fuß zu fassen. Er braucht Arbeitsplätze und muss mit den kulturellen Konflikten umgehen, die ein solcher Zuzug mit sich bringt. Palmer sprach von der „drohenden Überforderung“ seiner Stadt. Den „objektiven Grenzen in der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit“. Er forderte eine Begrenzung dieser Zuwanderung. Für Burkhardt bediente Palmer aber lediglich „Ressentiments“ und formulierte „Stereotypen“.

Der Geschäftsführer von Pro Asyl weigerte sich auch sonst, irgendwelche Obergrenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu akzeptieren, trotz mehrmaliger Nachfragen des Bundesinnenministers Thomas de Maizière (CDU). Burkhardt war damit genau das, was er zu sein bestritt: Ein klassischer Lobbyist, der für die Folgen politischer Handlungen nicht verantwortlich ist. Diese stellen Forderungen auf, die umzusetzen aber nicht die Aufgabe des Lobbyisten ist. Woher soll Burkhardt auch die Wohnungen nehmen, die Palmer in Tübingen braucht? Niemand wird ihn jemals zur Rechenschaft ziehen, wenn die viel beschworene Integration dieser Flüchtlinge zu Konflikten führen wird. Das hat auch einen einfachen Grund. Burkhardt muss sich vor niemanden verantworten.”

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/tv-kritik-maybrit-illner-asylpolitik-ausser-kontrolle-13822491.html?printPageedArticle=true#pageIndex_2

Der philanthrophe Menschenfreund spricht sehr metaphysisch, da er vor aller idealer Menschenliebe nicht an materielle Grenzen glaubt und als christlicher Mitmensch von der national-christlichen CSU erinnert wird, dass man doch mal die Kapazitäten der EU und des Nationalstaates und der Grenzen des Kapitalismus bedenken sollte—ja in diesem nationalidentitären Sinne verfolgt die CSU eher die Brechtsche Maxime: Erst das Fressen, dann die Moral, wenngleich sie nicht wie die NPD zugespitzt formuliert: „Sozial geht nur national!“. Selbst Merkel muss nun lernen, dass ihre Ankündigung das Asylrecht kenne „keine Obergrenze“ und die Berufung auf Weltmenschheit und Menschenrechte und Menschenwürde ihr nun kräftigen Gegenwind vor allem aus der eigenen Partei bringen, die am meisten an den nationalen Identitäten festhält. Ein Kommentator schrieb:

“Wir leben auf EINER Welt. JEDER ist mein Nachbar – geworden. Inzwischen. Deutschland ist KEINE INSEL. Kann keine Insel werden. (Dasselbe gilt für Europa, für die EU.)”

Richtig wohl ist, dass die Wirtschaft recht globalisiert ist. Richtig ist auch, dass man auf einem Planeten wohnt—man wohnt ja schließlich nicht auf dem Mars oder gehört a la Star Trek einer kosmologischen Föderation an. Falsch hingegen ist, so zu tun als gebe es einen europäischen Nationalstaat oder eine Weltregierung, die dem politisch entspreche. Wir leben aber immer noch in der Zeit der Nationalstaaten und das wird angesichts der Flüchtlingskrise in Form der Europakrise deutlicher denn je. Ich sagte ja schon einmal, die EU könnte locker 2% ihrer 505 Millionen Einwohner als Flüchtlinge aufnehmen, das wären 10 Millionen und damit wären die meisten Flüchtlingslager geleert. Eine Weltregierung könnte einfach sagen, China oder Indien nimmt mal 20-30 Millionen Flüchtlinge auf und die Sache wäre gegessen bei jeweils 1, 3 Milliarden Einwohner oder die 60 Millionen oder gar 100 Millionen Flüchtlinge weltweit würden homöopathisch über die Weltgemeinschaft verteilt—Überfremdung und soziale Kosten könnte da keiner mehr anführen. Aber so sieht eben die Welt nicht aus und die Kapazitäten des Nationalstaats sind begrenzt, auch die Deutschlands. Von daher ist man auch nicht einfach Mensch oder Nachbar. Man müsste schon die Nationalstaaten und die ihr zugrunde liegende Politökonomie radikal umgestalten und davon ist bei weitem nichts in Sicht. Die EU ist vor allem eine ökonomische Gemeinschaft, eine Mehrwertgemeinschaft und keineswegs eine Wertegemeinschaft, wie man gerade sieht. Es begann mit der EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und führte dann nach dem europäischen Binnenmarkt mit seinen vier ökonomischen Grundfreiheiten zum Euro—alles

ökonomische Projekte, die Wohlstand generieren sollten und selbst dieses Heilsversprechen lässt sich inzwischen nicht mehr erfüllen, da kapitalistische Akkumulation eben so funktioniert. Gemeinsame Armee, gemeinsame Regierung, gemeinsame politische Institutionen, wie etwa eine gemeinsame Asylbehörde, die Flüchtlingsströme managen könnten etc. wurden nie ernsthaft in Erwägung gezogen. So bleibt es eben vor allem bei nationalstaatlichen Lösungen und so wird es zwangsweise auch mit Deutschland kommen, wie die Diskussionen um die Registrierungscentren, den Familiennachzug und den subsidiären Status sowie Afghanistan als sicherem Herkunftsland zeigen.

Dabei stellt sich auch die Frage, ob die vorgeblichen materiellen Grenzen wirklich so gegeben sind:

„Die Menschen rund um den Globus sind so reich wie nie-allerdings ist das Vermögen ungleich verteilt. Nach einer Untersuchung des Versicherungskonzerns Allianz stieg das globale Brutto-Geldvermögen der privaten Haushalte um 7,1 % auf den Rekordwert von 136 Billionen Euro. Damit könnten die privaten Haushalte sämtliche Staatsschulden der Welt ungefähr dreimal tilgen“, sagt Oliver Bäte, Vorstandsvorsitzender der Allianz SE. Er betonte aber auch, dass diese Vermögen sehr ungleich verteilt sind: „Durchschnittlich entfallen in den von uns untersuchten 53 Ländern auf die ärmere Bevölkerungshälfte nur etwa fünf Prozent der Vermögenswerte“ (Münchener Merkur vom 30. September 2015, S.1)

Die SPD, die Ausländerfrage und die nationale Identität

Bevor wir zu den kommunistischen Positionen kommen, erst einmal die sozialdemokratischen Positionen zur Ausländer- und Migrationsfrage, die sich eben auch vor allem an nationalen Identitäten, der Betonung des Nationalstaats, seiner staatsidentitären Dominanz der Deutschen und der regulierten Organisation des Kapitalismus orientiert, die sich verbal und alibihaft manchmal auch noch auf einen Internationalismus beruft:

„SPD: die Traditionspartei“ Von Maritta Tkalec

Ein durch die Jahrzehnte von der SPD in der Ausländerfrage umgesetzter Grundwert lautet: Mal so, mal so. Ein anderer: Je nach dem. Mal ist man internationalistisch, mal eher am Interesse der deutschen Arbeiterschaft orientiert. Je nachdem, ob gerade das Gute verteidigt werden soll oder Wahlkampf herrscht. Wir erinnern an diese Tradition an dieser Stelle und zitieren statt der aktuell erregten Kritiker des Sozialdemokraten Sarrazin sozialdemokratische Klassiker. Franz Laufkötter, 1904, fordert ein Einwanderungsverbot für Arbeiter bestimmter Rassen und Nationen: „Man muss eben unterscheiden zwischen Arbeitern, die aus einem Kulturlande kommen und solchen, die rückständigen Nationen angehören.“ (...) Helmut Schmidt schlägt 1981 Alarm: „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.“ Und ganz klar 1982: „Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze.“ Gerhard Schröder kernig 1987: „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eines: Raus, und zwar schnell.“ Jetzt stellt sich heraus, etliche Genossen traten der SPD in Unkenntnis der daselbst latenten Überfremdungsängste bei. Und wer ist schuld? Im Zweifel: Sarrazin.

<http://www.berliner-zeitung.de/archiv/spd-die-traditionspartei,10810590,10784218.html#plx1969489535>

Ähnlich äußerte sich auch Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) 1973:

“Es ist aber notwendig geworden, daß wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.”
(Regierungserklärung vom Januar 1973)

Oder Herbert Wehner 15.2.1982 im Vorstand seiner Partei:

” Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen weggefegt. Dann werden wir zu Prügelknaben gemacht werden. Es ist nicht genug vor Ausländerfeindlichkeit zu warnen – wir müssen die Ursachen angehen, weil uns sonst die Bevölkerung die Absicht, den Willen und die Kraft abspricht, das Problem in den Griff zu bekommen. Ich sage euch – wir sind am Ende mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden.”

(Quelle: Gerhard Hertel “Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen”)

Also auch die SPD ist sich bewusst, wie stark die deutsche Bevölkerung an nationalen Identitäten statt

an Internationalismus hängt. Aber diese Aussprüche gehen auf die Zeit zurück, als die Globalisierung noch nicht so intensiv war, die Flüchtlingsströme noch nicht in diesem Ausmasse existierten, zumal die heutige SPD wie die Grünen eher wie Merkel zuerst erklärten, dass politische Asyl keine Obergrenzen, bis dann Steinmeier und Gabriel doch wieder Obergrenzen forderten. Auch muss man sagen, dass Willy Brandt der Nord-Süd-Konflikt schon immer ein wichtiges Thema war, er also über den natioanlen Tellerrand an führender Stelle hinausblickte

Marx, der Nationalstaat und der heutige Verteilungskommunismus

Bei Marx fehlt klar die Ideologiekritik, die eben auch den Nationalismus, Rassismus, die Xenophobie und den Antisemitismus (von Sexismus und Homophobie noch gar nicht zu sprechen damals) jenseits nur alleiniger ökonomischer Kriterien erklärt, was später auch dazu führte, dass die Klassenkampfklärungen für Auschwitz eben nicht sonderlich erklärungsfähig waren, zumal Marx eben auch nie eine Kritik des Nationalstaats und seines ethnischen Homogenitätsanspruchs formulierte, der eben Nationalismus, Rassismus und Xenophobie befördert. Marx sah den deutschen Nationalstaat ja noch als historischen Fortschritt zu der Kleinstaaterei des Feudalismus und ahnte noch nicht, welche Abgründe der Nationalismus und damit eingehende Rassismus und Antisemitismus bringen würde. Marx hätte sich Auschwitz nicht vorstellen können, bestenfalls noch den Rassismus des Kolonialismus, den er anfangs noch peripher miterlebte. Die Frage der nationalen Identität und des Internationalismus oder gar eines Weltstaates thematisierte er nie und auch die danachfolgenden realsozialistischen Epigonen stellten sich unter Kommunismus immer nur ein Konglomerat von ethnisch einwandfreien planwirtschaftlichen Nationalstaaten vor. Eine Flüchtlingswelle wie heute, die die Frage des ethnisch einigermassen homogenen Nationalstaats trotz EU-Durchmischung in den Grundfesten der nationalen Identität erschüttert, hätte er auch so nie kommen sehen. Von daher sind auch die heutigen Linken und Marxisten etwas überfordert mit den Ereignissen und sind auch nicht zu mehr in stande, als die eingehenden Flüchtlingsströme mittels tagespolitischen Forderungen nach keynesianistischen Investitionsinitiativen oder Verteilungsdiskussionen zu beantworten.

Ein Kommunist würde sagen: Verstaatlichen wir alles, sprengen wir die Grenzen der kapitalistischen Wirtschaft, machen einen Plan und verteilen dann die notwendigen Ressourcen—national und international—nach dem Vorbild der Planwirtschaft und Leninschen Kriegskommunismus—dann wird der Mensch Mensch, auch wenn die solche Verteilungsökonomie nach der kurz- und mittelfristigen Verteilung dann langfristig eben die bekannten Anreize fehlen lässt, dass überhaupt noch etwas produziert wird und man wieder in den Zustand einer Mangelwirtschaft eintritt. Weltweit beträgt das Weltvermögen 136 Billionen Euro—bei der richtigen Verteilung könnte man alle Staats-, Privatverschuldung, Flüchtlingskosten, Wohnungsbauprojekte und andere Kosten theoretisch für eine absehbare Zeit durch Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums locker finanzieren. Aber man muss auch bedenken: Ca. 140 Billionen Euro Bruttogeldvermögen bedeuten bei 7 Milliarden Menschen eben gerade 20 000 Euro pro Person, wenn man gleichmacherisch verteilen würde. Das sind nicht die Summen, die grosse Welttaten hervorrufen können. Eher interessant wären dann noch Immobilien und Firmenbesitz, der da scheinbar ausgenommen ist. Ebenso müsste man die Verteilung nach Alter (Kinder haben kein Vermögen), aber auch Kaufkraftparität nochmals differenzieren. Aber auch diese Grösse wäre quantitativ und würde keine grundlegende Kritik an der kapitalistischen Produktionsverhältnissen rechtfertigen. Angedacht werden müsste eine neue politische Ökonomie, die weder Kapitalismus noch ehemaliger Realsozialismus ist, sondern die Produktionskapazitäten umfassend nützt, erweitert und auch gerecht verteilt. Derartige Modelle denkt heute keine sogenannte praktische Linke. Sie denkt aus der Position des Vorhandenen und dessen einmaliger Verteilung.

Den bereits erwirtschafteten und sehr ungleich verteilten kapitalistischen Reichtum zu verteilen, ist alleiniges Programm. Wie man den Kapitalismus durch ein anderes System, das ebenso oder mehr erwirtschaftet in der Produktion und eine Emanzipation der Menschen herstellen kann, wird jedoch nicht angedacht. Man plündert das noch Vorhandene mit populistischen Parolen der Sozialneidmobilisierung und macht sich keine Gedanken über das Danach oder ein anderes gesellschaftliches Modell. Es sei denn man glaubt, eben, dass man den Kapitalismus erhalten muss, der diesen Reichtum hervorbringt, um ihn überhaupt umverteilen zu können. Aber der Reichtum des Kapitalismus und seine Produktivität basiert ja gerade auch den Nichtverteilungsmechanismen, die die Marxisten eben einfordern.

Katja Kipling zitierte ja den inzwischen wohlverbreitetsten Witz: Ein Banker, ein BILD-Zeitungsleser

und ein Asylant sitzen an einem Tisch, in der Mitte liegen 15 Kekse. Der Banker nimmt sich 14 Kekse und sagt zum BILD-Zeitungsleser: „Pass auf, der Asylant will dir deinen Keks nehmen!“.

Wahrscheinlich auch eine treffende Pointe angesichts der weltweiten Eigentumsverhältnisse. Jedenfalls kündigt die Linke jetzt an, dass die Flüchtlingsfrage eine Verteilungsfrage ist und sie diese gegen oben, also zu Kosten der Reichen und der Mittelschichten lösen möchte. Damit erhofft sie sich den sozialistischen Verteilungsstaat und eine allgemeine Menschheit herzubekommen. DDR reloaded und SU 2.0. Kapitalistisch bisher erwirtschafteten Reichtum verteilen, aber eben ausser der Verteilung keine Perspektive für danach zu haben, wenn er denn einmal verteilt ist. Während also die praktischen Linken alles auf ein Verteilungsproblem reduzieren wollen, haben theoretische Linke nicht einmal mehr den Willen ein anderes Gesellschaftsmodell jenseits des realkommunistischen Modells liefern zu wollen (z.B. die Marxistische Gruppe oder andere marxistische Gruppen, die sich nur noch auf eine Analyse des Kapitals verlegen und jegliche Fragestellung eines anderen Gesellschaftsmodells als konterrevolutionär zurückweisen—dabei werden sie von Piraten politisch mittels „liquid democracy“ oder Jeremy Rifkin ökonomisch über „sharing economy“-Modelle kapitalistischerweise schon überholt, deren Funktionsfähigkeit man bezweifeln kann, nicht aber den ernsthaften Willen mal andere Modelle zumindestens zu entwerfen und zur Diskussion zu stellen—davon ist linkerseits nicht mal im Ansatz etwas zu sehen).

In der Diskussion mit Sarah Wagenknecht stellte Deutschlands neuer Starphilosoph und TV-Prediger David Precht einmal die Frage, ob die Linkspartei außer der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Verteilungssozialismus auch noch einen Entwurf einer neuen Gesellschaft oder so etwas wie eine Vision oder Utopie jenseits einer DDR light habe. Sarah Wagenknecht verstand gar nicht, was Precht meinte. Precht versuchte ihr daraufhin klarzumachen, dass die meisten neuen Utopien und neuen Gesellschaftsversprechungen heute aus dem Silicon Valley und der Technologie und nicht mehr aus der Politik kämen und eine Linke, die sich nur über Mindestlohn und Umverteilung definiert, kein reizvolles Angebot eines neuen Gesellschaftsentwurfes eben habe. Dieses Manifest kann auch diesen noch nicht bringen, aber eben die Formulierung eines solchen neuen Gesellschaftsentwurfes einmal fordern. Dieses Manifest bietet nicht wie im Kommunistischen Manifest die Festschreibung auf eine „Diktatur des Proletariats“, die ja auch eine grausame Phrase mit totalitären Konsequenzen von Stalin bis Pol Pot wurde, sondern die Aufforderung neue Gesellschaftsentwürfe in Abgrenzung zu Kapitalismus und Realkommunismus, sowie der nationalstaatlichen Identität und Glorifizierung des Nationalstaats zu diskutieren. Dieses Manifest ist mehr Arbeitsauftrag und Gedankenanstoss mit gewissen Leitlinien, als den formvollendeten Gesellschaftsentwurf zu haben, den auch frühere Manifeste außer Phrasen nie hatten.

Zurück zur nüchternen Realität zwischen idealistischem Menschheitsidealismus und nationalstaatlicher Begrenztheit:

Die heutige Linkspartei fordert wie Merkel, der linke Flügel der SPD und die Grünen keine Beschränkung der Zuwanderung, doch inzwischen fordert Oskar Lafontaine jetzt auch Obergrenzen bei der Flüchtlingsaufnahme. Gebe es keine Kontingente und Obergrenzen, müsse man den Familiennachzug begrenzen. Die Linkspartei ist entsetzt:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/linke-und-fluechtlinge-lafontaine-provoziert-mit-forderung-nach-obergrenze-fuer-fluechtlinge-1.2732441>

Wohlgemerkt würden 1/3 der Linksparteiwähler AfD oder eine Pegida-nahe Liste wählen—darauf muss Oskar wohl Rücksicht nehmen.

Die anderen politischen Positionen orientieren sich mehr an den bisher mageren Kapazitäten des Nationalstaats, der EU und der UNO, die nicht einmal die Flüchtlingslager mit genug Nahrungsmitteln beliefern will. Kurz: Menschsein und Humanität steht zwischen drei Polen, den metaphysischen grenzenlosen Humanitätsbetrachtungen, des Gutmenschen, des Helld Deutschlands, der mehr linken Forderung, dass Menschlichkeit nur durch eine neue Ökonomie herzustellen ist und des Dunkel Deutschlands-europas-, der Dunkelwelt, die vor lauter nationalegoistischen Interessen sich abschotten will. Rechte kritisieren, die systematische Vernichtung nationaler und kultureller Identitäten durch eine globalistische Einheitskultur unter dem Primat der Ökonomie—so schreibt die „Sezession“:

„Über den drängenden Problemen der [Massenvernichtungswaffe Migration](#) vergißt man aber allzu schnell, daß der Kampf gegen Entortung, Entgrenzung und modernen Menschenhandel nur ein Teil

eines größeren Kampfes gegen den Versuch der globalen Kulturrevolution unter dem Primat des Ökonomischen ist. Alle Menschen sollen möglichst gleich werden, um möglichst leicht berechen- und steuerbar zu sein, um sodann noch möglichst lange zu möglichst geringen Kosten (für die Produzenten) möglichst viel zu konsumieren. Die Vernichtung jeglicher Identität geht Hand in Hand mit der Ersetzung nationaler und regionaler Kulturen durch eine globale Zivilisation der Vereinheitlichten.“

<http://www.sezession.de/51799/demo-fuer-alle-und-jagdszenen-in-stuttgart.html>

Die Globalisierung , die Menschheit und die Identität

Andere Leute erklären, dass durch die Globalisierung und seinem einen Weltmarkt ein Weltstaat und globaler Arbeitsmarkt am Entstehen sei, alle Grenzen überflüssig und archaische Relikte würden, aber das ist ebenso lächerlich, futuristisch und utopisch, da man von einem Gleichklang von ökonomischen Unterbau und politischem Überbau ausgeht. Beide sind nicht aber deckungsgleich. Das ist der alte Fehler der Stamokapleute und Leninisten– Wirtschaft und Staat gleichzusetzen–ehere ökonomische Gesetze zu sehen, die dann auch tendenziell reibungslos politisch so umgesetzt werden–das geht oft einher mit einem linearen Fortschrittsbild. Gerade diese Diskrepanz zwischen Fortschreiten des ökonomischen Unterbaus und des Zurückbleibens des politischen Überbaus ist aber ein wesentlicher Faktor für Krisen, Kriege und regressive Tendenzen. Das ist vulgärer Historismus, der zudem nicht einmal ein konkretes Beispiel nennt, was denn passieren würde, wenn Deutschland eine Grenze bauen würde. Man hätte keinerlei „Abschottung“ bei den Handelsströmen (vielleicht ein paar Wartezeiten für Lkws), keine Nachteile für die Produktion, keine Unterbrechung der Kommunikation, etc. „Abschottung“ ist so ein Kampfbegriff, da er scheinbar nur die Alternativen Nordkorea oder aber offene Grenzen für alle kennt–regulierte Zuwanderung und regulierten Kapitalismus aber gar nicht als Option und Mittelweg sieht. Wie gesagt: Das ist metaphysisches und utopisches One-Worldgerede, das so tut als gebe es nur einen Weltmarkt und die WTO, aber keine Nationalstaaten mit Bevölkerungen, die sich immer zuerst noch national und zudem in zunehmender Rivalität des Standortnationalismus verstehen. Dazu verwechselt man Wunsch und Realität. Weil es einen Weltmarkt gibt, müsste es einen Weltstaat mit Weltsozialstaat, etc. geben. Ersteres ist richtig, zweiteres aber eine Zielvorstellung, die man anstreben sollte oder kann, die sich aber vor der Realität der zunehmenden Rivalität von Nationalstaaten und regressiven Tendenzen innerhalb der Globalisierung vollzieht, die zumal auch durch kapitalismus-immanente Wirtschafts- und Finanzkrisen, die sich dann auch als politische Krisen äussern, die bis hin zur weltweiten Barbarei ausufernd sein können, begleitet sein werden.

Die These von der tendenziell unaufhaltbaren Entstehung eines globalen Arbeitsmarktes infolge der Globalisierung wäre ebenso einmal zu hinterfragen. Es ist ja nicht so, dass der Grossteil der 7 Milliarden Menschen Arbeitsmigranten auf einem globalen Arbeitsmarkt wären, also, dass z.B. Hundertmillionen Chinesen nach Europa und die USA gingen oder umgekehrt. Meist ist die Arbeitsmigration doch sehr begrenzt und zumeist regional. Also innerhalb der EU, innerhalb der NAFTA, innerhalb Chinas, innerhalb Indiens, etc., d.h es handelt sich mehr um Binnenarbeitsmigration, die man eben nicht als „globalen Arbeitsmarkt“ mit globaler Freizügigkeit verwechseln sollte, die es auf absehbare Zeit eben nicht geben wird. Und die es meiner Ansicht nach auch nicht als Zielvorstellung geben sollte. Kein Mensch sollte gezwungen werden lange Strecken oder um den halben Globus wandern zu müssen, um überhaupt eine Arbeit finden zu können und dass dabei ganze Familien zerrissen werden. Der „global nomad“ ist doch eher ein Phänomen der oberen Führungsetage, sowie der armen Schichten und zumeist sind deren Arbeitsaufenthalte auch nicht ein ganzes Leben, sondern zeitlich begrenzt. Ein globaler Arbeitsmarkt würde globale Freizügigkeit voraussetzen und die hat bisher noch kein Politiker oder selbst Wirtschaftskreise so gefordert. Ebenso ist es unsinnig im Zusammenhang mit Kriegsflüchtlingen von einem globalen Arbeitsmarkt zu reden. Die kommen ja nicht, weil es diesen gebe, sondern weil ihre Existenzen in ihrem Land vernichtet wurden. Wollte man das als Arbeitsmigration sehen, müsste man ja die Zerstörung so aller Staaten als Tendenz sehen, die die Kriegsflüchtlinge hervorbringt und dadurch einen globalen Arbeitsmarkt hervorbrächte, aber das sind zwei paar Stiefel.

Um eine solche internationale Identität und/oder einen Weltstaat, eine Weltregierung mit Subsidiaritätsprinzip oder internationalere Formen der internationalen Kooperation und Regulierung herzubekommen, die eine solch zahllose UNO oder solch Hybridwesen wie die EU ersetzen, müsste man eben auch eine völlig andere Vorstellung von der Politökonomie haben und eine politische Bewegung dazu gruppieren. Die ehernen Gesetze des Kapitalismus und der Globalisierung setzen sich eben nicht metaphysisch von selbst durch, sondern mittels von politisch

bewussten Organisationen. Und die Frage ist, ob man den Weltkapitalismus und die Globalisierung als unhinterfragbares Ökonomiesystem sieht und nicht über Regulierung desselben und anderer Formen als den vorherrschenden Formen oder Ersetzung durch eine andere Polit-Ökonomie nachdenkt. Diese Frage wird aber gar nicht mehr gestellt, auch bei der theoretischen Linken nicht, sondern man beschränkt sich auf Kapitallektüre und die praktischen Linken auf Verteilungskämpfe.

Marxismus zwischen nationaler und internationaler Identität – Nationalismus und Internationalismus

Was also ist „die Menschheit“? **Carl Schmitt meinte ja einmal „Wer Menschheit sagt, betrügt“.** Dies war vor allem ein Seitenhieb gegen die idealistische Betrachtung von Menschheit, die sich von kulturellen, nationalen, räumlichen und materiellen Gegebenheiten ablöst und eine ideale Einheit einer Menschengesellschaft behauptet, wenngleich Schmitt mehr völkisch und nationalistisch argumentierte, wie auch Theorien zur Raumbremde anderer Mächte ausser Deutschlands in Europa vertrat, also ahnte, dass er auf die nationale Identität setzen konnte als Mobilisierungsmittel und breiten Konsens im deutschen Volk, auch seiner Arbeiterklasse, die ja die Kommunisten eher als internationalistisch wähten, bis sie Ende der 30er Jahre immer mehr Zugeständnisse an die Nationalsozialisten und Nationalkonservativen machten, was vor allem als Scheringerlinie bekannte wurde.

Der Marxismus weist eine Ambivalenz, wenn nicht gar Schizophrenie auf, wenn es um nationale Identitäten oder internationale Identitäten geht, vielleicht erklärt sich dies ja auch aus dem Begriff des Internationalismus, der vielleicht keine Emanzipation vom Nationalismus darstellt, sondern nur planwirtschaftliche Verbindungen zwischen verschiedenen Nationalismen herstellen möchte–mit der jeweiligen Orientierung dann auf die jeweils stärksten nationalen Machtzentren wie die Sowjetunion oder China.

Dazu hat der Nationalismus in der Arbeiterbewegung eine lange Tradition. Lenin und Trotzki waren sich im klaren, dass es für eine neue Weltgesellschaft keine nationalstaatliche Lösung geben könne mit Nationalstaatenkonkurrenz, da diese die kapitalistischen und imperialistischen Verhältnisse nur immer wieder reproduzieren würde. Daher drängten sie auf grössere Einheiten, in denen die Nationalstaaten abgeschafft wurden, sei es die Sowjetunion oder eben die Absicht einer Weltrevolution, also einer Verbreiterung der Revolution weltweit, damit daraus ein Weltsowjet entstehen würde, in dem es keine kapitalistische und nationalstaatliche Konkurrenz samt Krisen und Kriegen mehr gebe. Lenin und Trotzki mussten jedoch die bittere Erfahrung machen, dass der Internationalismus keine sonderlich gefragte Identität innerhalb der Arbeiterklasse war. Beide wollten eine Weltrevolution, wobei sie als strategisches nächstes Revolutionsland Deutschland sahen. Erhofften sich beide vor dem Ersten Weltkrieg einen internationalen Generalstreik, wenn nicht gleich Revolution der als international angesehenen Arbeiterklasse, wurden sie heftig enttäuscht. Der Generalstreik blieb aus, ganz im Gegenteil folgten die jeweiligen Arbeiterklassen nationalen Identitäten und stürmten mit Hurrah-Patriotismus in den imperialistischen Weltkrieg.

Ja auch marxistische Argumentationen wurden seitens der Sozialdemokratie ins Feld geführt: Deutschland sei ein entwickelter kapitalistischer Staat, Russland ein feudalistischer, zurückgebliebener Staat mit asiatischer Despotie–von daher bedeute der historische Materialismus, dass ein kapitalistischer Staat wie Deutschland den feudalistischen Staat der Leibeigenen im zaristischen Russland befreien müsse von seinem historischen Joch einer niedrigeren Ebene der Produktionsverhältnisse. Gegen den Nationalismus, die nationale Identität und zumal ihre Berufung seitens der Sozialdemokratie auf marxistische Lehren kamen die Marxisten gleich gar nicht an. Auffällig ist in den Trotzki-Memoiren, wie überrascht er vom Ersten Weltkrieg, dem Scheitern des Internationalismus und dem Ausbleiben des Generalstreiks ist, aber dazu auffälligerweise kein einziges Wort verliert, sondern dies einfach verdrängt und gar nicht mehr erwähnt, geschweige denn analysiert. Dann folgte die unerklärliche Machtergreifung des italienischen Faschismus unter Mussolini, der von der Kommunistischen Internationale niemals richtig aufgearbeitet wurde–schon lange vor dem „historischen Versagen der Arbeiterbewegung“ 1933.

Nachdem schon die Revolutionen, Generalstreiks in Deutschland wie auch im sonstigen Europa ausblieben, ja auch Mussolini in Italien als erste faschistische Modellregierung die Macht an sich riss und dann eben auch die Nationalsozialisten immer stärker wurden–alles immer mit den extremsten

Verweisen auf eine nationale Identität, überlegte sich die Kommunistische Internationale, ob man nicht mehr Rücksicht auf nationale Identitäten nehmen sollte statt einen Internationalismus zu präferieren. Neben der ohnehin nationalistischen deutschen Sozialdemokratie, kam hier der Nationalismus in der KPD parallel mit dem Programm des Sozialismus in einem Lande unter Stalin auf.

Durch den Bürgerkrieg in Russland wurden die während und nach der Revolution gegründeten Arbeiterräte aufgrund des Kriegselends immer funktionsloser. Die Arbeiterinnen und Arbeiter gingen auf die Dörfer zurück oder hatten keine Zeit und Kraft mehr, sich politisch zu betätigen. Hiermit schwand die Basis für revolutionäre Internationalisten um Lenin und Trotzki, die nationalistische Linie der alten und neuen Bürokraten um Stalin setzte sich durch, eine neue Klasse entstand. Diese hatte kein Interesse international Arbeiterrevolutionen zu unterstützen, da erfolgreiche Revolutionen im Ausland ihre eigene Macht gefährdet hätten. Programmatisch äußerte sich dies in Stalins Sozialismus in einem Lande- oder Volksfrontpolitik. Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften, statt Einheitsfront mit linken Revolutionären. So setzte **Stalin in China** auf den Faschisten **Tschiankajtschek**, befahl der KP-China auf dessen Armee zu warten, nachdem schon überall revolutionäre Erhebungen in den Städten Chinas liefen – worauf Tschiangkajtschek die Chinesischen Arbeiter und die Chinesische KP niedermetzeln ließ (**Shanghai-Massaker 1927**).

Bis 1923 hatten derlei Forderungen in der KPD keine Chancen, doch dann änderte sich der Charakter dieser Partei. Die Machtübernahme der Stalinisten in der UdSSR und die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch faschistische Freikorps waren Gründe hierfür. Auch in der KPD bekamen die Stalinisten Aufwind (Thälmann, Radek, etc.). In der Folge kam es ideologisch zu einer Vermischung von Internationalismus und Nationalismus. Typisch war hierfür die Rede Radeks für den hingerichteten Faschisten Schlageter, in der sich Radek in Lobpreisungen erging: »Schlageter, dieser mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich geehrt zu werden (...) Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes.«

Nicht also Arbeiter und deren Interessen – Internationalismus und proletarische Revolution – waren angesagt, sondern Volk, Nation, Kameradschaft, Männlichkeit und Ehre. Während die KPD die Arbeiterklasse durch ihre Sozialfaschismustheorie spaltete (SPD und ihre Basis seien die wirklichen Faschisten, die Sozialfaschisten), versuchte sie sich mit nationalistischen Parolen bei bürgerlichen Kräften, nationalistischen Demokraten, SA und Reichswehr Liebkind zu machen – in diesen wurden Nationalrevolutionäre gesehen, also die eigentlichen Revolutionäre. Exemplarisch hierfür war das KPD-Programm zur »nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes«, in dem u.a. die Gebietsabtrennung Polen und Südtirol von Deutschland nicht akzeptiert wurde. 1931 beteiligte sich die KPD am Volksentscheid von Stahlhelm, Deutschnationalen und NSDAP zur Auflösung des sozialdemokratischen Landtags in Preußen.

1931 konnte die KPD einen ersten Erfolg ihrer nationalistischen Politik verbuchen. Der Reichswehrleutnant **Scheringer trat von der NSDAP zur KPD über**. Er hoffte auf ein Militärbündnis mit Stalin, um durch einen Aggressionskrieg gegen andere imperialistische Staaten die nationale Befreiung Deutschlands vom »Versailler Schanddiktat« zu erreichen. Dieser Kurs der KPD ab 1931/32 wird auch als die Scheringerlinie bezeichnet. Dementsprechend zog Scheringer auch begeistert vom Hitler-Stalin-Pakt in den 2. Weltkrieg, oder wie das damalige KPD- später DKP-Mitglied in seinen Memoiren schreibt: »Diesen Krieg schätzte ich damals falsch ein. War das nicht der Befreiungskrieg gegen das Diktat von Versailles? War das nicht doch das **Bündnis zwischen Nationalismus und Kommunismus** gegen Kapitalismus und nationale Unterdrückung? War es nicht Zeit zur Armee zu eilen?« (Das große Los, Kleine Arbeiterbibliothek/Pahl-Rugenstein Verlag, S.311)

Die Orientierung der KPD auf Nationalismus führte dazu, dass sie zugunsten von Leuten wie Scheringer auf revolutionäre Internationalisten und SPD-Basis verzichtete. Ja, Internationalisten ausgrenzte und verfolgte (Massaker, Schauprozesse an Trotzkiisten, Ermordung Trotzki).

Dem entsprechend stieß die KPD mehr Arbeiter ab, als sie noch anzog, während die Nationalrevolutionäre nicht den nationalistisch- internationalistischen Mixparolen der KPD, sondern den klar nationalistischen Parolen der NSDAP folgten. ((Der tendenziell eher kosmopolitisch gesinnte)) Trotzki kritisiert die KPD damals mit den Worten: »Den Losungen der nationalen Verzweiflung, der nationalen Besessenheit muss man die Parolen des internationalen Auswegs entgegenstellen. Aber dazu ist es

nötig, dass man die eigene Partei vom Gift des Nationalismus reinigt, dessen wichtigstes Element die Theorie vom Sozialismus in einem Land ist.«

Die KPD schreckte in ihrem Nationalkommunismus nicht einmal vor Antisemitismus zurück:

„In den 1920er Jahren griff die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) während politischer Rivalitäten mit den Nationalsozialisten mehrfach selbst auf Elemente der antisemitischen Propaganda zurück. Aus Anlass des vierzigsten Todestages von Marx im März 1923 reproduzierte die KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne einen Auszug aus dem zweiten Teil von Zur Judenfrage einschließlich des Satzes „Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum“, versehen mit dem zusätzlichen, nicht von Marx stammenden Untertitel „Den Nationalsozialisten ins Stammbuch“. Diese Veröffentlichung ist beschrieben worden als eine Fehldeutung des Auszuges durch die KPD mit dem Ziel, sich als ebenfalls jüdenfeindlich darzustellen“

https://de.wikipedia.org/wiki/Zur_Judenfrage

Während des 2. Weltkriegs setzte die Exil-KPD nicht auf die Arbeiterklasse, sondern Hoffnungen auf einen Militärputsch durch deutsche Militärs wie Scheringer oder Stauffenberg. Hierzu baute sie 1943 das Nationalkomitee freies Deutschland (NKFD) auf, das als Erkennungszeichen das Reichsbanner Schwarz-Weiß-Rot hatte. Im Gründungsmanifest wurde gefordert: »Deutschland darf nicht sterben«, nötig sei eine »wahrhaft deutsche Regierung«, die sich entscheidend auf die »volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee« stützen müsse. **Zur selben Zeit ((?)) löste Stalin die Internationale auf**, um den Alliierten und Herrschenden anderer imperialistischer Länder zu signalisieren, dass er nicht Weltrevolution, sondern Sozialismus in einem Land wolle.

Nach dem 2. Weltkrieg präsentierte sich die KPD in ihrem Wahlauftritt vom 11. Juni 1945, als »nationales Gewissen« für »alle ehrlichen Deutschen, die ihr Volk und Vaterland lieben« und als »einzig wahrhaft nationale Partei«. Die KPD ging Volksfrontregierungen mit antifaschistischen Parteien (CDU, SPD) ein, half mit den bürgerlichen Staat wieder aufzubauen und gab als Ziel die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848 aus. Kritiklos arbeitete sie noch in Entnazifizierungsausschüssen mit, als diese zu Persilschein-Verteilern geworden waren. Träger der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe waren 1946/47 in fast allen Fällen die Betriebsräte, während SPD und KPD eher beschwichtigend auf die Arbeiterklasse einwirkten. Mit dem Kalten Krieg vollführte die KPD auf Befehl Stalins einen Schwenk. Die antifaschistischen Parteien wurden plötzlich zu faschistischen erklärt. Dies zeigt sich z.B. in Aufrufen, wie »Adenauer den Weg zur faschistischen Militärdiktatur zu versperren« und »den unversöhnlichen revolutionären Kampf aller Patrioten für die Wiedervereinigung des Vaterlandes« (1950/53) zu führen.

In den offiziellen KPD-Dokumenten ((Welchen? Quellenangabe!)) heißt es: »Wir wollen, dass unser großes Kulturerbe dem deutschen Volk erhalten bleibt und verlangen Schutz unseres Kulturerbes gegen alle amerikanische Zerstörung. Fort mit einer Regierung, die das Recht des deutschen Volkes auf nationale Streitkräfte eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands ablehnt. Kein Quadratmeter deutscher Heimerde darf preisgegeben werden! Schützt den deutschen Bauern, seinen Hof und seine Scholl. Schützt unsere Frauen und Mädchen vor dem Willkür der fremden Soldateska« – am besten durch reinrassige, deutsche Soldaten! Das KPD-Modell dieser Jahre gleicht also ihrem Scheringerkurs, der eine deutsche Armee als Kern der nationalen Befreiung vorsah. Die KPD erklärte Frauen zu Eigentum deutscher Männer. Sexismus, Rassismus, Fremdenhass, Heimat, Blut-, Erde-, und düstere Schollenmythologie und reiner Nationalismus wurden geschürt und bestätigt.

Trotz dieser Zugeständnisse an nationale Identitäten kritisierten Marxisten die idealistische Sicht der Humanisten aufgrund ihrer Negierung der ökonomischen und materiellen Grenzen, die eben Klassen kennt und den Kapitalismus als Rahmenbedingung hat. Erst durch die internationalistische Emanzipation der Arbeiterklasse a la Trotzki (Weltrevolution) oder bei Stalinisten der nationalen Emanzipation der Arbeiterklasse (Sozialismus in einem Land) sollte so etwas wie eine Weltgemeinschaft hervorgehen, die über die Kommunistische Internationale vorangetrieben werden sollte. Die Arbeiterklasse wurde als internationalistisch angesehen, hätte ein gemeinsames Klasseninteresse und daher sei sie der Hersteller eines internationalen Weltstaates, einer Weltgemeinschaft und Weltgesellschaft, die dann quasi die Menschheit konstituieren würde, wären erst

einmal alle ökonomischen, religiösen und nationalen Fesseln gesprengt. Dennoch verhielt sich das so als internationalistische Arbeiterklasse und als Katalysator des Weltmenschentums gewünschte weltrevolutionäre Subjekt gerade diametral entgegengesetzt, fiel bei beiden Weltkriegen und Wirtschaftskrisen immer wieder auf die nationalistische Identität zurück, ja die zumeist schlimmste Form des Nationalsozialismus wie auch die Sowjetunion nicht mehr eine Weltsowjetunion beabsichtigte, sondern die Nationalstaaten erhalten blieben, seien es die osteuropäischen kommunistischen Staaten, die nicht integraler Teil der Sowjetunion wurden, sondern nur über Warschauer Pakt und Comecon angebunden wurden, sei es das kommunistische China, Hodscha-Albanien, Tito-Jugoslawien oder die Eurokommunisten da eigene, nationale Wege gingen. Dies hängt aber eben auch damit zusammen, dass die kommunistischen Parteien versuchten eine ebenso nationalistische Linie herzubekommen. Richtig an all diesen Überlegungen ist wohl dennoch: Die Menschheit hat sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte von Kleingruppen in Stämme, dann Kleinstaaten und nun eben Nationalstaaten organisiert, von der Jäger- und Sammlergesellschaft, über den Feudalismus hin zum Kapitalismus, der Kommunismus scheiterte jämmerlich–sei es nun die Sowjetunion oder das mehr nationalkommunistische Rote Khmer-Kambodscha oder Juche-/Songsun-Nordkorea.

Globalisierung, Interessen und die Identität

Inzwischen entstehen auch schon supranationale Organisationen wie die EU, die eine Hybrid- und Zwitterform von nationaler Souveränität und Ansätze zu einem europäischen Zentralstaat sind und sind andere grössere Formationen neben Freihandelszonen (TTIP, TPP, Eurasische Union, Ostasiatische Freihandelszone, Harmonisches Asien a la Chinas Vorstellungen) angedacht. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist keineswegs ein Produkt irgendwelcher Verschwörungen, sondern erfolgt sehr naturwüchsig und in Konkurrenz. Der politische Überbau schreitet meist langsamer voran als das Wachstum der Produktivkräfte, weswegen es zu Friktionen, Konflikten und auch Kriegen kommt. Das passt Verschwörungstheoretikern nicht, die sich auch die gesamte Wirtschaftsgeschichte als eine Aneinanderreihung von Verschwörungen ausmalen oder aber eben Wirtschaftskrisen und Finanzkrisen als Showinszenierungen, um die Leute in Angst und beim Arbeiten zu halten, Ursache und Wirkung wird hier systematisch verwechselt. Die Menschen, die dieser Globalisierung ausgesetzt sind, sortieren sich nach sozialen und kulturellen Identitäten.

Die Gewinner werden teilweise mehr grössere politische Gebilde und damit einhergehende Multi-Kulti-Kultur und eine mehr global citizen-Identität bevorzugen, die Verlierer sich mehr auf den Nationalstaat oder kleinere, vermeintliche Schutzgemeinschaften zurückziehen, wie den Stamm, die Religion, die Region, den Clan, die Kleinfamilie, die WG, etc. Auch die Idee von Gottesstaaten und einer islamistischen Ummah mit Weltherrschaftsanspruch entstehen daraus, vor allem in Form des IS. Wobei interessant ist, dass der IS sich als Staat versteht, zugleich aber betont „keine Grenzen, sondern nur Fronten „zu haben, also auf eine globale Expansion des Gottesstaates aus ist, also damit globalisiert wirkt, obgleich er eine Gesellschaftsform und Ökonomie archaischer, präkapitalistischer Zeiten anstrebt. Zumal gibt es die Tendenz, dass nicht nur die Verlierer der Globalisierung sich vom Nationalstaat abspalten wollen, sondern die wohlhabendsten Bundesstaaten regionalem Separatismus nachgehen und neue Kleinstaaten gründen wollen – siehe Kroatien, Slowenien während des Jugoslawienkriegs oder nun Schottland oder Katalonien.

Die Mittelschicht sieht sich sandwichmäßig eingepresst und ihre Erfolgsaussichten und die jeweilige Wahl der zu erhoffenden Schutzgemeinschaft und Identität bleibt oszillierend. Die rechte Mittelschicht verhält sich mehr wie die CSU in ihrem Identitätsdreiklang: Bayern die Heimat, Deutschland das Vaterland und Europa die Zukunft, was Bewegungsspielraum zwischen allen drei Ebenen bringt und sich nicht so eindeutig festlegen will. Den Mittelschichten und sozialen Verlierern, denen die rechte CSU zu vage ist, orientiert sich mehr an der AfD, die klarer der Nationalstaatsgedanken vertritt. Die NPD, die den völkischen Nationalstaat als national-sozialistisches Ideal vertritt, kommt jedoch inzwischen nicht mehr so an.

Im Europaparlament sind die meisten Fraktionen auch für das Hybridgebilde zwischen EU und Nationalstaat, nur die Rechtsextremisten wollen zurück zum Nationalstaat, während die Spinelli-Gruppe, 156 Abgeordnete, zumeist aus den Liberalen, Grünen und den Sozialdemokraten und einigen prozentralistisch- europäischen Konservativen vor allem einen europäischen Zentralstaat propagiert.

Während die Bedeutung des Nationalstaats in Teilen Europas, vor allem in Deutschland infrage gestellt wird, erfreut er sich in den USA, China, Russland, Frankreich, Grossbritannien Osteuropa, Lateinamerika und den meisten Teilen von Asien hoher und zunehmender Beliebtheit, ja nun denkt auch Katalonien nach Schottland nach selbst den spanischen Nationalstaat infrage zu stellen, und seinen eigenen kleineren Nationalstaat zu gründen. Daran ändern auch Freihandelszonen nichts, während in Afrika, dem Nahen Osten und Zentralasien da eher Desintegrations-Tendenzen bestehen.

Identität als transzendierender Prozess

Viele Leute wollen die heutigen Zustände in diesem Gebiet auf Stammes- Religions- oder ethnische Hintergründe ihrer Herrscher zurückführen. Z.B., dass Assad Alewit ist und Saddam Hussein Sunnit und Ghaddafi aus einem bestimmten Clan käme. Natürlich haben sie Leute aus ihrem Hintergrund befördert, aber das ist eben nicht die gesamte Geschichte. Meiner Ansicht nach, ist es falsch Assad vor allem als Alawiten zu begreifen, wie auch Saddam Hussein oder Nasser, Sadat, Mubarak als Sunniten oder Ghaddafi als Vertreter eines bestimmten Stammes. Diese Leute hatten zwar diesen Hintergrund, transzendierten aber ihre Herkunft, waren vor allem sozialistische Panarabisten und stellten aufgrund dieses Programms und als junge Offiziere ihre eigentliche Macht her. Wie auch Kemal Attatürk. Die Baathparteien; Nasser und Ghaddafi hätten gar nicht so regieren können, wenn sie nicht auch Sympathisanten aus anderen Bevölkerungskreisen gehabt hätten, die ethnisch und religiös einen anderen Hintergrund hatten, aber denen eben das panarabische, sozialistische Programm oder eben bei Attatürk die Westorientierung und türkischer Nationalismus war, wie auch bei Sun Yatsen in China. Das waren mehr republikanische Kräfte. Assad und Saddam Hussein wie auch Attatürk hat niemals alle zu Sunniten, Alewiten, etc. missionieren wollen. Es war nie eine Frage der Religion oder Ethnie.

Selbiges auch mit Tito—eigentlich ein Kroat, aber er wollte Jugoslawien bei weitem nicht kroatisieren oder katholisieren oder ähnliches. Er wollte eben Jugoslawen. Ähnliches bei Stalin, eigentlich ein Georgier, aber ein stammer Sowjetmensch, den gerade der Kommunismus faszinierte, der über die Provinzialität Georgiens obsiegte. Trotzki wiederum wollte den Weltsowjet und nicht Sozialismus in einem Lande ala Stalin, sah also die neue Identität des Sowjetmenschen über Stalins mehr neo-grossrussischer Reichsidee transzendieren.

Ähnliches in Afrika. Ich hatte mit einem Freund einmal den Streit, ob man von Stämmen sprechen könne. Er meinte nein. Ich meinte ja. Natürlich gibt es Stämme, Clans, etc., aber der wesentliche Punkt ist dies nicht zu leugnen, aber eben darauf hinzuweisen, **dass ein Mensch gleichzeitig mehrere Identitäten haben kann und sich** auch aus stammes- regional-, ethnischer und religiösem Hintergrund **zu einer gemischten oder neuen Identität entwickeln kann** und zwar nicht nur als Individuum und **im besten Fall als Weltbürger oder global citizen**, sondern auch erst einmal über grössere regionale, nationale, supranationale Identitäten. Und es ist nie ein abgeschlossener Prozess.

Es kommt darauf an, wie sich diese Identitätsideen bewähren. Das kann man in allen Ländern sehen, wo nach einer Periode hin zu grösseren Einheiten nun mehr die Regression zu Ethnizismus, Religiosität, Regionalismen, Separatismen, Rückgriff auf archaische Stammeszugehörigkeiten oder im kleinen, soweit noch Grossfamilien vorhanden auf Clans etc.

Die Globalisierung, das Kapital und die Nationalstaaten

Was bedeutet Globalisierung, welche Wirkungen hat die Globalisierung und wer sind ihre Triebkräfte? Zum einen bedeutet Globalisierung Internationalisierung der Produktionsketten, die internationale Vernetzung mittels Transport- und Kommunikationsmitteln, die Intensivierung des schon vorhandenen Weltmarktes, die massenhafte Migration von Arbeitskräften, die Veränderung nationaler Identitäten und dem Selbstverständnis von Wirtschafts- (BRD AG/Rheinischer Kapitalismus) und Gesellschaftssystemen, die Infragestellung von Sozialsystemen (Sozial-, Renten-, Krankenversicherung), die jederzeitige Verfügbarkeit von Arbeitskraft und Informationen bis hinein in die individuelle Privatsphäre. Die Wirkung ist, dass sich die Gesellschaftsschichten, die sich daraus einen Vorteil erwarten, diese befürworten werden, dass andere Teile, die sich

dadurch bedroht fühlen, in Nostalgie und Regression, zumal Flucht in nationale Identitäten suchen und jene Schichten, die bei der Kalkulation, ob es ihnen mehr nützt oder nicht in einem oszillierenden Stadium sind. Die Triebkräfte sind die multinationalen Konzerne und das Finanzkapital, Technologiefirmen, die die Innovationen für die Digitalisierung und die Industrie 4.0 entwickeln, die die vierte industrielle und gesellschaftliche Revolution einleiten werden.

Jedenfalls bedeutet Globalisierung eine Internationalisierung der Produktivkräfte, die politisch durch die Vernetzung in Abkommen, Freihandelszonen, neuen erweiterten Gebilden ihre Resonanz findet, da man zwar den Standort durch stärken will, dies aber nicht mehr national kann.

Die Globalisierung bedeutet auch, dass man mittels staatlicher Zustimmung seinen Erfolg als Nationalstaat an die internationale Konkurrenz bindet, die BRD AG oder EG AG also eine internationale Veranstaltung wird, die sich bewusst der internationalen Konkurrenz aussetzt und auch internationales Kapital bei sich investieren lässt, wie man nun umgekehrt in alle Länder der Welt nichtkolonialistisch, sondern privatwirtschaftlich expandiert, zumal es früher nur im wesentlichen die G7 als Investitionssphäre gab, während nun BRICS, emerging economies und anderes dazu kommt und damit auch der Nationalstaat mehr Interesse an einem übernationalem Rechtsrahmen haben muss, sei es nun WTO, IWF, Weltbank oder G-20, die Begrenztheit des Nationalstaats erfordert eben auch vermehrte internationale Kooperation.

Das gab es zwar schon zuvor auch schon, da Deutschland immer exportabhängig war und auch ausländisches Kapital zuliess und auch Direktinvestitionen im Ausland vornahm, aber bei weitem nicht in dieser Intensität. Die BRD AG, die noch von vormals vor allem deutschen Kapital miteinander verflochten war, mit Hausbanken von Konzernen, mit deutscher Post und deutscher Bahn als deutschen Daseinsvorsorgeunternehmen, ist heute offen für Hedgefonds, ausländisches Kapital, die deutsche Bahn ist ein internationaler Transportdienstleister geworden, der zum einen an die Börse drängt und zum anderen eben nicht mehr dem deutschen Bahnkunden allein, sondern auch anderen internationalen Kunden Dienstleistungen liefert, eben ein Transportleistungsmulti geworden ist, was solche Lobbyorganisationen wie Pro Bahn, die noch in Kategorien der rheinkapitalistischen Daseinsvorsorge denken, nie kapieren werden. **Die Globalisierung drängt eigentlich auf einen Weltstaat** könnte man meinen oder auf internationale Kooperation auf höchster Ebene. Aber gerade hier kommen wieder die Nationalstaaten als noch existierende Machtgebilde auf, die dem entgegenstehen, ja gerade als Garanten des nationalen Standorts auch noch einige Bedeutung haben.

Globalisierung bedeutet neben dem weltweiten Fluss von Waren und Dienstleistung, der Internationalisierung der Produktionsstätten, des Transports und der Kommunikation auch militärische Globalisierung, die leichtere waffentechnologische Proliferation, ebenso, dass Massenvernichtungswaffen wie auch ihre Trägermittel immer mehr Staaten und Akteuren zugänglich werden, zumal auch in Cyberspace und Weltraum expandieren wie auch die Flüchtlingsströme und vermehrte Arbeitsmigration, die dann eben auch wieder staatsidentitäre Fragen und die nationale Identität betreffen. So schreibt auch der Historiker Herfried Münkler:

»Wir sind heute in einer Lage, in der sich mindestens zwei politische Ordnungsmodelle überlagern: Auf der einen Seite das der Territorialisierung politischer Ordnung, mit Grenzregime und wie auf einer politischen Karte bunt eingefärbten Nationalstaaten. Auf der anderen Seite das Regime der Ströme von Waren, Informationen, Dienstleistungen, Kapital und Menschen. Und wir hatten die ganze Zeit die Vorstellung, die Ströme von Menschen, das sind nur wir, als Geschäftsreisende und Touristen, aber nicht die anderen – die werden besucht, aber die besuchen uns nicht. Das hat sich verändert.«

<http://www.daserste.de/information/wissen-kultur/tt/sendung/mdr/sendung-vom-11102015-106.html>

Auch wird kulturell viel vereinheitlicht, ob daraus jedoch eine einzige Weltkultur entsteht ist umstritten, da ja gerade auch wieder nationale und regionale, ja auch lokale Kulturen und Identitäten als Gegenbewegung eine nostalgische Renaissance erfahren bis hin zum Regionalkrimi und Heimatfilm mit viel Lokalkolorith (Dahoam is dahoam, Da bin i dahoam, etc.).

Oft wird auch von marxistischer oder von globalistischer Sicht gesagt „Das Kapital kennt kein Vaterland, sondern nur Profit und keine Grenzen“. Dem Kapital ist Religion, Nation, Ethnie, Geschlecht egal- es will alles in eine One-World-NWO-Kultur- und Identität homogenisieren und

nivellieren. Dieser Vorwurf wurde den multinationalen Konzernen schon in den 70er Jahren gemacht, erweitert sich seit der Finanzkrise auch aufs Finanzkapital und nicht umsonst wurden solche programmatische Bücher geschrieben wie „Mc Donalds gegen Dschihad“, die die identitären Gegenbewegungen gegen die Globalisierung von Teilen des Kapitals als Extreme beschrieben. Wobei hier staatskapitalistisch-oligarchische und semifeudalistische Systeme oder Ölfeudalisten a la Saudiarabien noch einmal als Sonderfälle betrachtet werden müssen.

An diesem globalistischen Gesamtinteresse „des Kapitals“ ist dreierlei falsch. Erstens abstrahiert es „das Kapital“ als eine Einheit ohne zu differenzieren: Multinationale Konzerne, die zumeist auch börsennotierte AGs sind, Finanzkapital, die durchaus international agieren und für Internationalisierung eintreten, grössere Freihandelszonen, ja auch supranationale Organisationen und internationale Institutionen und Regelungen, um einen internationalen rechtlichen Rahmen für ihre Investitionen und ihre Rechtssicherheit herzubekommen. Dann gibt es aber auch Familienbetriebe, Klein- und Mittelbetriebe, die gar nicht das Kapital oder Know-How, noch die Verbindungen haben, um international zu expandieren, sondern, die sich auf regionale Märkte und Nischenmärkte der Globalisierung konzentrieren müssen, dies auch als Markenkennzeichen in Form „Regionale Produkte“, „artgerechte Tierhaltung“, „etc, verbrämen, sich als moralische Instanz der regionalen Identität als Gegenbild zu dem industriellen, international losgelösten Kapital in Szene setzen, als ehrlicher Kaufmann, schwäbische Kauffrau, während dies wiederum von Menschen von globalisierter Identität als Kleinkrämer, Hinterhofklitsche, provinzieller Prekärunternehmer gelabelt wird. Und dann gibt es auch noch den Mittelstand, der zwar genug Kapital hat, auch mal internationale Investitionsabenteuer zu unternehmen, aber sich nicht sicher ist, ob sie bei der Konkurrenz mit den Multis bewähren wird, weswegen sie sich auch immer noch das Prädikat der Lokalmарke als Rückversicherung behält. Kurz: Das Kapital ist keine homogene Einheit und die verschiedenen Kapitalisten orientieren ihre Identität an der jeweiligen Stellung im internationalen Konkurrenzkoncert. Meist auch oft ihre Mitarbeiter, die aufgrund von lohnarbeitender Abhängigkeitsverhältnisse, so etwas wie eine Firmenidentifikation und Firmenidentität samt einhergehender selbst wahrgenommener Identität entwickeln, die stärker als jede internationale Identität oder Arbeiterklassenidentität sein kann. Zweitens setzen all diese Kapitalgruppen, obgleich es immer noch den Trend zur Globalisierung gibt auf die Unterstützung ihres Nationalstaats, in dem sie historisch gewachsen sind, der sie in unsicheren internationalen Gefilden beschützen und fördern soll. Man sieht diese Widersprüche ja bis hinein in die AfD, die sich unter den großbourgoisen Großkapitalvertreter wie Hans- Olaf Henkel verkörperte, der dann mit Lucke die Alfa abspaltete und der AfD im wesentlichen als Mittelstandsforum nur noch regionale Familienunternehmen hinterliess. Alfa von Lucke und Henkel stezen sich für einen Nordeuro ein, für einen EU-Binnenmarkt, wengleich nicht wie die Spinelligruppe als EU-Zentralstaat, sondern nur aufgrund der vier EU-Grundfreiheiten, wobei auch die Freizügigkeit der Arbeitskräfte beschränkt werden sollte, wie auch für TTIP. Alfa ist eine mehr nationalliberale Identität für Großkapital, während die verbleibende AfD von Petry, Höcke und Gauland mehr den plebejischen Pöbel von „kleinen Leuten“ und lokalen Familienunternehmen bedienen will. Zudem müssen alle nationalstaatlichen Regierenden auch immer noch Rücksicht auf möglichen sozialen Protest nehmen, der sie bei Globalisierungsschritten in Widerspruch zu ihrem untergebenen Volk bringt, das ja immer noch in Kategorien einer nationalen Identität und dem Nationalstaat als sozialschützenden Garanten denkt.

Der extremste Apologet der Globalisierung ist der US-amerikanische Strategieedenker Thomas Barnett, der auch beim Pentagon angestellt war und zwei wesentliche Bücher produzierte, die wengleich keinen Weltstaat, so doch eine internationale Kooperation der wesentlichen Nationalstaaten für eine vermeintlich historische Mission der Globalisierung andachten, die einem Gottesgesetz gleichkommt. „The New Map of the Pentagon“ und „Blueprint-A Plan for Action“ sehen die Welt eigentlich nur unter der Kategorie, dass es Corestates gibt, die der Globalisierung am meisten entsprechen und Gap-States, die keine „connectivity“ mit der Globalisierung aufweisen, vor allem der Greater Middle East und die muslimischen Staaten, während es als Zwischenzone noch die „Rim-States“ gibt, die man als Firewall zwischen den Core- und die Gapstates nutzen sollte. Barnett ist der Apologet der globalistischsten Kapitalteile, macht aber den Fehler den Nationalstaat mit den Interessen des am weitesten fortgeschrittensten Kapitals gleichzusetzen, ähnlich wie Lenin in seiner Schrift „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ da auch eine gemeinsame Identität und sogar noch viel vulgärmarxistischer „Personalunion“ zwischen Kapital und Staat ausmacht. Dementsprechend sollten nach Barnetts Logik alle Nationalstaaten zur Vollendung der Globalisierung gemeinsame Truppen

zwecks Militärinterventionen (vor allem China und Indien aufgrund von Bevölkerungsstärke) an der Seite der USA einsetzen um das Entwicklungs-Gap und ihre Staaten zu beseitigen („Shrink, not contain the Gap“).

<http://www.esquire.com/news-politics/a1546/esq0303-mar-warprimer/>

Ebenso sei eine Gemeinsamkeit, dass alle Staaten in der Globalisierung ein gemeinsames Interesse an 4 freien Flüssen/ Strömen/“flows“ hätten:

1. Der ungehinderte Strom von Arbeitskräften und Einwanderern
2. Der ungehinderte Strom von Erdöl, Erdgas und allen anderen Rohstoffen
3. Das Hereinströmen von Krediten und Investitionen, das Herausströmen von Profiten.
4. Der ungehinderte Strom amerikanischer Sicherheitskräfte (export of US – security services to regional markets)“

Jedenfalls ist sich Thomas Barnett sicher, dass China und Indien seinen Vorstellungen einer gemeinsamen historischen Vision und Mission der Globalisierung, die ja allen und damit einer fiktionalen gemeinsamen Weltmenschheit zugute käme und daher das gemeinsame globale Weltinteresse sei, nachkommen würden und dies genauso sehen. Fakt ist aber, dass nach dem gescheiterten G-2- Versuch Brzezinskis (Achse China-USA), auch Thomas Barnetts Idee in die Brüche ging, da China und Russland zwar gerne von der Globalisierung profitieren, aber erst einmal nationalstaatlich und auf nationaler Identität eine multipolare Weltordnung wollen, die beide Staaten als Pole dieser Weltordnung sehen und China mittels eines Harmonious Asia, das sich die Süd- und Ostchinesische See samt Taiwan und den Pazifik als erste Stufe weiterer Expansionen gegen die USA einverleiben will und Russland, das eine Eurasische Union/Novorusland haben will sich nicht in die Wolkenpläne eines dahergelaufenen US-Globalisierungsstrategen einreihen wollen. Beide Staaten haben auch Obama schon das gemeinsame Papier „The New Type of Great Power Relations“ vorgelegt, das eben keine globalisierte Gemeinschaft vorsieht, sondern eben immer noch auf nationale Identitäten setzt, auf eine multipolare Ordnung, bei der die US-„Hegemonie“ keine wesentliche Rolle mehr spielen soll und China und Russland als dominante Pole der multipolaren Weltordnung mit den USA die Welt beherrschen sollen.

Globalisierung und die globale Mittelschicht als Träger der fortschrittlichen Mission von liberaler Demokratisierung und Weltfrieden–der Histomat des Bürgertums

Thomas Barnett stellt auch den globalen Aufstieg der Mittelklasse ins Zentrum seiner Überlegungen. Diese globale Mittelklasse werde quasi die historische Mission der Globalisierung vorantreiben und Wohlstand und Demokratie bringen. Diese Mittelklasse wird als primär liberal angenommen, worin der eigentliche Denkfehler liegt. Am Beispiel Chinas konkretisiert schrieb ich dazu:

„Zu glauben, die politische Entwicklung in China würde sich primär auf die Mittelschichten stützen, ist angesichts des breiten Kontingents an Bauern, Wanderarbeitern und Arbeitern eine recht exklusive, idealtypische und vereinfachende Denkweise. Eher wahrscheinlich sind hier schon Bündnisse zwischen diesen Schichten und Klassen, wie es auch wahrscheinlich ist, dass diese Schichten und Klassen gar nicht so als geschlossene, homogene Blöcke auftreten. Auch zeigt etwa die Entwicklung in Thailand, in der die neuen Mittelschichten und die alten Eliten (ja sogar eine Prinzessin ist beteiligt) in der antidemokratischen Volksfront antidemokratische Forderungen gegen die populistische, demokratisch gewählte Regierung Samak stellen (Abgeordneten sollen ernannt und nicht mehr vom Volk, vor allen den Bauern gewählt werden), dass das elitäre Bewußtsein der neuen Mittelschichten nicht unbedingt eine demokratische Beteiligung der Bauern und Arbeiter wünscht, d.h. das Bürgertum auf eine demokratische Standesgesellschaft hofft, in der diese Stände von politischer Partizipation ausgeschlossen werden. China müsste erst einen doppelten Emanzipationsprozess durchlaufen, um eine Demokratie nach westlichem Vorbild zu werden: Den seines Bürgertums/seiner Mittelschicht gegenüber der KP China, sowie der der Bauern- und Arbeiterklasse gegenüber beiden.

Hierbei ist es durchaus möglich, dass sich die neuen Mittelschichten mit den alten Eliten wie nach der gescheiterten Revolution 1848 in Deutschland gegen die Arbeiter und Bauern verbünden, zumal ein beträchtlicher Teil der neuen Mittelschicht aus kollektiveigenen Eigentumsformen mit dem Staat und in organischer Verbindung mit diesem hervorgegangen ist und unabhängige Klein- und Mittelunternehmer erst ein neueres Phänomen sind. Zudem vertragen sich die Unternehmerinteressen dieser neuen Mittelstandes partiell sehr gut mit denen der KP China; da letztere die Rechte und Löhne der Arbeiter in großem Umfang beschneidet. Selbst Sun Yatsen glaubte nicht an eine Demokratisierung Chinas in einem Schritt, sondern wollte als zweite Stufe eine Erziehungsdiktatur dazwischenschalten, in der sich zum Staat loyale Bürger herausbildeten und auch die Arbeiter und Bauern im staatskundlichen Sinne erzogen würden.

Die potentiellen Kollateralschäden einer möglichen Demokratisierung Chinas werden oft kaum beachtet bei Befürwortern des demokratischen, bzw. kapitalistischen Friedens, sondern hier dominiert ein Zukunftsoptimismus der sich am Modell der friedlich und unblutig verlaufenen „soft revolutions“ im Gebiet des Warschauer Paktes 1989 und Nachfolgezeit orientiert oder von einer „friedlichen Evolution“ ausgeht, wonach sich mit den wirtschaftlichen Liberalisierungen zwangsläufig langfristig auch die politischen Liberalisierungen und eine von der Mittelschicht getragene Demokratie einstellen werde. Die Mittelschicht nimmt in diesen Modellen eine Rolle als Subjekt und Träger des historischen und gesellschaftlichen Fortschritts ein, die sonst nur der Arbeiterklasse beim historischen Materialismus des Marxismus gleichkommt. Überspitzt könnte man sagen: Die Ideologie der Mittelschicht als Träger einer demokratischen Transformation ist der historische Materialismus des Bürgertums. Dabei wird die historisch negative Rolle der Mittelschichten und des Bürgertums ausgeblendet, sei es wie sie im aufsteigenden Deutschen Reich unter Wilhelm 2 vorherrschte und in der Figur und im gleichnamigen Roman von Heinrich Mann „Der Untertan“ verkörpert wird, oder ebenso vergessen scheint die unterstützende Rolle des Kleinbürgertums und der Mittelschichten bei der Machtergreifung faschistischer Diktaturen in Deutschland, Italien und anderen europäischen Ländern, d.h. seiner Radikalisierung durch die Wirtschaftskrise 1929. Dass also die Mittelschichten genauso wie die Arbeiterklasse nationale Identitäten präferiert und nicht der liberalen global citizen werden möchte, der im Sinne der Menschheit Globalisierung und Demokratie voranbringt, wird hier geradezu geleugnet. Dass hier nationalistisch verblendete, aggressive, innenpolitisch antidemokratische und autoritäre Mittelschichten hervorgegangen sind, die bereitwillig und mit Hurrah in zwei Weltkriege hetzten, wird unterschlagen. Vorbild ist vor allem das anglosächsische Bürgertum und dessen Mittelschichten (middle class), das sich relativ totalitarismusimmun erwies und—mit Ausnahme des Mc Carthyismus—nicht den autoritären Makel des deutschen Bürgertums hatte und die Klassen soziologisch in einer geradezu missionarischen Mittelschichtenideologie auflöste. Kurz: Das Bürgertum und die Mittelschichten werden in den Demokratisierungstheorien als vorwiegend liberal und demokratisch portraitiert und die neuen Debatten um eine Neue Bürgerlichkeit versuchen den unter den 68ern als Protofaschisten gescholtenen Bürger samt einhergehender kleinbürgerlicher Familie wieder zu rehabilitieren. Lipsets Theorie der Radikalisierung der Mitte wird wieder hintenangestellt, der Bürger als Träger der liberalen Gesellschaft gesehen.“

Die Hoffnung auf eine internationale Identität und einer globalisierten Weltgemeinschaft ala Thomas Barnett, der dies als historische Mission der Geschichte des US-Kapitalismus sowie einer neuen globalen Mittelschicht sieht wie schon zuvor der Marxismus, wird hier auch wieder enttäuscht. Die nationalen Identitäten sind immer noch zu stark als dass sie eine internationale Identität, in der alle Menschen Brüder werden ala Beethovens 9te, zulassen würden, die ja zumindestens EU-Hymne wurde.

Identitäten als Prozesse, der Kampf der Kulturen und Gegenbewegungen gegen regressive Identitätsbildungen

Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“/“Clash of Civilizations“ hat ja die These, dass sich infolge der Globalisierung die Staaten an kulturellen Identitäten, die vor allem religiös bestimmt seien, orientieren würden. Er sieht da 8 Kulturkreise und eine konfuzianisch-islamische Achse gegen den Westen. Zwar hat er bei vielen Konflikten recht, etwa Jugoslawien oder der Ukraine,

doch existiert nicht der Islam, noch der Konfuzianismus, noch solche großreichgewordenen Kulturkreise. Henry Kissinger brachte dies mal auf die Frage: „Welchen Telefonnummer soll ich denn für welchen Kulturkreis anrufen?“. Ebenso fragte ja Kissinger ähnlich, bei hochhals laut vorgetragene Vorträgen über Europa: „Europa, welche Nummer soll ich denn anrufen?“. Nun antwortete z.B. die CSU-EP-Abgeordnete Angelika Niebler dem guten Henry, dass die EU jetzt eine gemeinsame Telefonnummer habe, nämlich die Außenbeauftragte der EU, worauf Kissinger richtig bemerkte, dass diese ja keine Kompetenzen habe, sondern vor allem die Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs, sowie Außenminister und da vor allem Deutschland, Frankreich und GB entscheidend seien und ob er bei der neuen Telefonnummer nicht bei einer Hotline mit Endlosschleife lande. Und in der EU steht zumal ein Brexit bevor, erstarken die osteuropäischen Nationalisten., wie aber auch in Frankreich, Österreich, Skandinavien Echte Schweden, Front National, FPÖ, etc. Dennoch sieht Huntington all diese Prozesse der Globalisierung nur unter regressiven Momenten. Gegenbewegungen scheinen kaum möglich.

Ich lese gerade „Ich bin Malala“. Ich dachte erst, dass dies naives Kinderbuchgeschwätz sei, aber man erfährt sehr viel über die Geschichte Pakistans und Afghanistans wie auch dem Islam. wie auch über die Islamisierung des Landes nach der Ermordung des säkularen Politikers Zulfikar Ali Bhuttos:

„Um das Volk zur Unterstützung der Militärregierung zu veranlassen, startete General Zia eine Kampagne zur Islamisierung, die uns zu einem anständigen islamischen Land machen sollte, und ließ unsere ideologischen wie geographischen Landesgrenzen von seiner Armee verteidigen. Er erklärte unserem Volke, es sei Pflicht seiner Regierung zu gehorchen, weil sie islamische Prinzipien vertrat. Zia wollte uns sogar vorschreiben, wie wir zu beten hatten, in jedem Distrikt setzte er salats ein, Gebetsausschüsse, sogar in unserem abgelegenen Dorf, und ernannte 100 000 Gebetsinspektoren. Davor waren Mullahs fast so etwas wie Witzfiguren gewesen– mein Vater sagte, auf Hochzeitsfeiern hätten sie bloß in einer Ecke herumgehungen und seien bald gegangen. Aber unter Zia wurden sie einflußreich, und man berief sie, unter ihnen meinen Großvater, als Erzieher und Prediger nach Islamabad. Unter Zias Regierung wurde das Leben der pakistanischen Frauen noch stärker eingeschränkt. Unser Staatsgründer Muhammed Ali Jinnah hatte einmal gesagt: „Kein Kampf kann gewonnen werden, ohne dass die Frauen den Männern zur Seite stehen. Es gibt zwei Mächte auf der Welt; die eine ist das Schwert, die andere ist der Schreibstift. Es gibt aber noch eine dritte Macht, stärker als die zwei, nämlich die Macht der Frauen“.

Aber General Zia führte Gesetze ein, nach denen die Zeugenaussage einer Frau vor Gericht nur halb so viel galt wie die eines Mannes. (...) Eine Frau konnte ohne Erlaubnis des Mannes nicht einmal ein Bankkonto eröffnen. (...) Damals wurden viele Madrasa-Schulen eröffnet. Den Religionsunterricht, den wir deenyat nennen, wurde durch einen Islamunterricht ersetzt, der für pakistanische Kinder bis heute Pflicht ist. Unsere Geschichtsbücher wurden neu geschrieben, darin wird Pakistan als eine „Festung des Islam“ bezeichnet, als gäbe es diesen Staat schon länger als erst seit 1947. Die Geschichte wurde überhaupt neu erfunden, so dass es so aussah, als hätten wir die drei Kriege gewonnen, die wir gegen unseren großen Feind Indien geführt und verloren haben. “

Geschildert wird auch, wie die USA den islamistischen Militärdiktator aktiv bei der Indoktrinierung der Jugendlichen und Männer für den Dschihad unterstützte:

„Mein Vater meint, Dschihad, der heilige Krieg gegen Nicht-Muslime sei in der Region stark von der CIA unterstützt worden. Die Kinder in den Flüchtlingslagern erhielten sogar von einer amerikanischen Universität eigens für afghanische Flüchtlinge herausgegebene Schulbücher, in denen sie Rechenaufgaben lösen mussten wie: „Wenn von zehn russischen Ungläubigen fünf von einem Muslim getötet werden, bleiben fünf übrig.“

(Malala Yousafzai: Ich bin Malala, Knauerverlag 2013, S. 50-52)

Interessant in dem Buch auch die Schilderung des Werdegangs von Malalas Vater, der zwischen islamistischen und säkular-sozialistischen Identitäten schwankte:

„Der ältere Talib sprach in solch ruhmreichen Worten vom Dschihad, dass mein Vater sich begeistern ließ. Er wies meinen Vater permanent darauf hin, dass das Leben auf Erden kurz sei und

dass es für die jungen Männer im Dorf wenige Möglichkeiten gebe. Unsere Familie besaß kaum Land, und mein Vater wollte nicht nach Süden gehen und sich in den Kohlebergwerken verdingen wie viele seiner Klassenkameraden. Das war harte, gefährliche Arbeit, und die Särge derer, die bei Einstürzen der Schächte ums Leben kamen, trafen mehrmals im Jahr bei uns ein. Das Beste, das die meisten Dorfjungen sich erhofften, war, nach Saudiarabien oder Dubai zu gehen und auf dem Bau zu arbeiten. Daher hörte sich die Vorstellung vom Paradies mit 72 Jungfrauen verlockend an. Jeden Abend betete mein Vater zu Gott: „O Allah, bitte lass es zwischen den Muslimen und Ungläubigen Krieg geben, damit ich in deinem Dienst sterben und ein Märtyrer werden kann.“

Eine Zeitlang schien ihm seine Muslim-Identität wichtiger zu sein als alles andere in seinem Leben. Er schrieb sich nun Ziauddin Panpiri-die Panpiri waren eine religiöse Gruppierung- und ließ sich einen Bart wachsen. Heute sagt er, es war eine Art Gehirnwäsche. Er glaubt, er hätte womöglich sogar daran gedacht, ein Selbstmordattentäter zu werden, hätte es die damals schon gegeben.

Aber er war von früh auf ein skeptischer Junge, der selten etwas für bare Münze nahm, obwohl unsere Ausbildung in den staatlichen Schulen in sturem Auswendiglernen bestand und es den Schülern nie erlaubt war, Fragen zu stellen.

Etwa zu der Zeit, als er darum betete, als Märtyrer in den Himmel zu kommen, lernte er den Bruder meiner Mutter kennen, Faiz Mohammed. Bald ging er in seiner Familie ein und aus, er wurde regelmäßiger Gast in der Hujra ihres Vaters. Dort sprach man über Lokalpolitik. Es trafen sich dort Mitglieder mit pakistanisch-nationalistischen Zielen, die gegen den Krieg waren. Damals gab es ein berühmtes Gedicht von Rahmat Shah Sayel, dem Dichter aus Peshawar, der ein Gedicht über meinen Namen geschrieben hatte. Er bezeichnete das Geschehen in Afghanistan als „Krieg zwischen zwei Elefanten“ – USA und Sowjetunion. Es sei „nicht unser Krieg“. Seiner Ansicht nach waren die Paschtunen nur „das Gras, das von den stolzen Tieren zertreten wurde“. Mein Vater hat mir dieses Gedicht oft vorgetragen, als ich noch klein war, aber ich habe damals nicht begriffen, worum es ging.

Mein Vater war stark beeindruckt von Faiz Mohammed. Er fand, es habe Sinn, was er sagte, wo es um die Abschaffung des feudalistischen und kapitalistischen Systems in unserem Lande ging. Diesselben großen Familien würden seit Jahrzehnten alles beherrschen, während die Armen immer ärmer wurden. Er war hin- und hergerissen zwischen den zwei Extremen, zwischen Säkularismus und Sozialismus auf der einen Seite, militantem Islam auf der anderen Seite. Er landete irgendwo in der Mitte.“

(Malala Yousafzai: Ich bin Malala, Knauerverlag 2013, S. 54-56)

Das Beispiel zeigt eigentlich ganz gut, wie gewisse Identitäten von seiten von Großmächten und Staaten zur Durchsetzung ihrer imperilaistischen Ziele, sowie zur innenpolitischen Stärkung der staatlichen Macht gefördert werden und wie auch seitens des Rezipienten die soziale Stellung und die Lösung der sozialen Frage, die durch eine gewisse Identität als Lösungsweg erhofft wird, eine fundamentale Rolle spielt. Es zeigt auch, dass Identitäten gemischt sein können, eklektizistisch, ja synkretisch, nicht immer etwas Fixes, sondern Prozesshaftes und Reversibles sein können, insofern man es nicht mit einem Unbelehrbaren und Fanatiker zu tun hat.

Identität und Klassen

Interessant ist auch, wie sich die Existenz einer organisierten Arbeiterklasse auf die Identitätsbildung und die politischen Positionen auswirkt. Juan Cole behauptet, dass Tunesiens demokratische Transition deshalb funktioniert habe, da dort starke Gewerkschaften, eine organisierte Arbeiterklasse und eine starke Linke existierten–im Gegensatz zu anderen Ländern des arabischen Frühlings und anderen muslimischen Ländern, in denen die Menschen dann eher Zuflucht zu Identitäten wie Religion oder Stamm nehmen:

„How many American news reports about the [Nobel Peace Prize given to the Tunisian Quartet](#) that pushed the country toward democracy and compromise will mention that two of the four organizations so honored are national labor unions of workers? A third was an attorneys' guild.

The four groups, who came together in summer, 2013, are The Tunisian General Labour Union

(UGTT), The Tunisian Confederation of Industry, Trade and Handicrafts (UTICA), The Tunisian Human Rights League (LTDH), and the Tunisian Order of Lawyers.

When Western reporters writing for corporate newspapers ponder why a transition to democracy has been difficult for some countries (and not just in the Arab world), they almost never suggest that it is because workers are not unionized enough or that unions are not sufficiently engaged in civic life. The sleight-of-hand of the editors for the rich is to focus on difficulties presented by "tribe" or sectarianism. But what institutions in the Middle East actively overcome these primordial identities? Labor unions and peace and human rights groups.

With rates of unionization in single digits in the United States and would-be presidential candidates such as Scott Walker running on union-bashing (he had to withdraw from the race), it is hard for Americans with their plutocracy to imagine a place where unions remain active, networked and able to push society in progressive directions. But few social scientists think Germany, e.g. would be nearly as successful as a society without its labor unions. The dominance of oligarchs and lack of workers' rights in some parts of the former East bloc probably played a role in their political failures and violent struggles."

Interessant finde ich folgende Selbstdefinition von Malala: Zuerst Swat, dann Paschtunin, dann Pakistani. Das ist war unlogisch, da Malala durchaus vorhat neue Ministerpräsidentin von Pakistan zu werden als neue Bhutto, gleichzeitig unterstützt sie aber mittels ihres Malalafunds nicht nur pakistanische Mädchen, sondern auch in Afrika und anderen Weltregionen Mädchen Bildung zu bringen. Wie bedrohlich das seitens der Islamisten angesehen wird, sieht man ja an Malals Fall oder an dem Fall der entführten Schulmädchen durch Boko Haram. Sie ist Feministin und Aufklärerin, wenngleich sie noch nicht auf die politökonomische Ebene transzendiert ist, die eben auch für Kapitalismuskritik offen wäre. Zwar betitelt sich Malala identitär als lokal (Swat), Stamm (Paschtunin) und Nationalstaat (Pakistan), sieht sich aber ebenso als global citizen und internationale Weltbürgerin einer Idee der säkularen Aufklärung durch Bildung verpflichtet. Das ist zwar noch reichlich hegelinisch, aber das sind die Tendenzen, die auch gegen diese ganzen regressiven Regionalismen, Nationalismen, Stammeszugehörigkeiten, religiösen Extremismen transzendieren, eben quasi mit Hegel den Weltgeist auch ins hinterste Swat, Paschtunenstammesgebiet, nach Pakistan, Asien und der Welt bringen wollen. Malala ist also die Modelsoldatin der Aufklärung, die den als automatisch und deterministisch geschilderten Regressionen ala Samuel Huntingtons „Clash of Civilizations“/Kampf der Kulturen eine Gegentendenz entgegenstellt. Denn auch auf regressive Identitätsbewegungen kann es mittel- und langfristig auch wieder Gegenbewegungen geben. Mit Che Guevara zu sprechen: „Schafft einhunderttausend, zweihunderttausend, dreihunderttausend, viele Malalas!“

Die Grundfrage aber bleibt: Entwickeln sich Identitäten systemimmanent aus dem Kapitalismus heraus, da die Wertform des Kapitals von innen dazu drängt oder sind Identitäten nicht eher Optionen, die sich als soziale Schutzgemeinschaft verstehen angesichts der sozialen Deklassierungstendenzen des Kapitalismus und nun in seiner verschärften Form der Globalisierung, dass man eben in Familie, Stamm, Region, Nationalstaat vor allem die vermeintliche Schutzgemeinschaft, die eben gerade als Gegenbewegung zu den Deklassierungstendenzen die dieser Kapitalismus schafft sieht, statt den Kapitalismus ersetzen zu wollen, der gerade solche politisch durch die Arbeiterbewegung hart erkämpften Schutzgemeinschaften benötigt, um die von eben jener kapitalistischen Ökonomie verursachten Verelendungstendenzen entgegenzuwirken und unter der Bedingung fehlenden Klassenwiderstands kein sozial verträgliches Leben zulässt.

Gerade in letzterem liegt die Schwäche der internationalistischen Linken. Theoretische Linke sind mit Kapitallektüre beschäftigt, die eben nur die Funktionsweise des Kapitals erklären, praktische Linke sind besser nur noch auf einer Position von linkssozialdemokratischem Verteilungssozialismus, um den kapitalistischen Reichtum zu verteilen und nach dessen Verteilung eben eine Mangelwirtschaft bekommen werden.

Globalismus als neue Bewegung und die Grundbedingungen für die Herausbildung einer

neuen internationalen Identität

Was fehlt für eine neue Identität ist ein neues Gesellschaftsmodell, das sowohl aus der Kritik der Funktionsweise des Kapitalismus wie auch des Realsozialismus eine neue Politökonomie zustande bringt. Dabei sind dann eben auch Grenzfragen wie ein Weltkapitalismus mit Weltstaat und Weltsozialstaat aussehen würde oder aber ein neues internationales Gesellschaftssystem.

Die kommunistische Internationale ist tot, die Sozialistische Internationale gespalten und faktisch aufgelöst worden, die parteienbezogenen Bezüge zu einem Internationalismus einer Arbeiterbewegung sind ausgelöscht, es gibt nur noch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der gewerkschaftlich versucht eine internationale Vernetzung der Arbeiterklassen herzubekommen, aber eben auch die staatskapitalistischen Länder ausnimmt, wie auch selber bei den tradeunionistischen Mitgliedsgewerkschaften untereinander einem starken „Standortnationalismus“ fröhnt.

Die Bewegung eines Weltbürgertums ist auch nicht abzusehen, da sich viele Teile der erhofften globalistischen Mittelschichten sich immer noch mehr national beziehen und sich und ihre eigene Nation innerhalb der Globalsierung gross machen wollen. Nicht einmal eine Weltbürgerbewegung ala den 60er/70er Jahren ist momentan denkbar, als noch viele Esperanto als neue Weltsprache des Weltbürgertums lernten—es blieb bei einer eher kulturellen Modeerscheinung. Seitens der internationalen Großbourgeoisie und Eliten gibt es im wesentlichen die Bilderberger-Konferenz, die im wesentlichen Toppersonal der G-7-Staaten und neuerdings auch noch ab und zu einen Vertreter der G-20-Staaten einlädt. Auffällig ist jedoch, dass zumeist immer nur Vertreter des multinationalsten, globalistischsten Kapitals sowie ihnen ergebne Politiker eingeladen werden, Arbeitervertreter und Gewerkschafter jedoch nicht. Aber die Bilderberger sind auch mehr ein loser Diskussionsclub und keine Weltregierung oder gar eine internationale Organisation. Eine nähere Einschätzung der Bilderberger in einem älteren Global Review-Artikel:

(...)

Ähnlich den Bilderbergern gibt es für Asien inzwischen auch die Boao-Konferenz, bei der sich die politische und wirtschaftliche Elite Asiens trifft, aber auch dies ist mehr regional gemeint.

<http://english.boaoforum.org/mtzxxwzxn/11494.jhtml>

Kurz: Die nationalen Identitäten werden noch lange Zeit vorherrschend sein, ja sich zunehmend radikalieren, das Hybridprodukt der EU zwischen Nationalstaat und europäischen Zentralstaat wird sich ebenso entscheiden müssen, in abgehängteren Teilen der Welt kommen noch viel regressivere Formen von Identität auf, die Stämme, Regionen, Religionen, Clans, etc. betonen und die Westfälische Friedensordnung der Nationalstaaten weiter zersplittern werden.

Gleichzeitig kommt es um einige Nationalstaaten quasi zu Reichsbildungen, sei es Novorussland/Eurasische Union, Harmonious Asia, Islamischer Staat, etc. Kurz: Wir sehen einer völlig regressiven Tendenz entgegen, die uns eine neue Barbarei bringen wird. Gleichzeitig werden die Produktivkräfte mittels Digitalisierung und Industrie 4.0 auf ein völlig neues Niveau gehoben, der Zwang zur Globalisierung, dem sich diese regressiven politischen Kräfte entgegenstellen wollen, stärker werden und die versuchte Abschottung von diesen Tendenzen fatale Auswirkungen haben.

Kurz: Es wird sich gegen diese regressiven Tendenzen auch wieder eine Gegenbewegung und Katharsis ergeben, insofern die Welt nicht in die völlige Barbarei und gegenseitige Vernichtung abgleitet. Und die Äußerung des Chefs des US-Generalstabs, dass man sich auf Großkonflikte wieder einrichten müsse, also auch auch Kriege zwischen NATO und Russland und sinoamerikanische Kriege, die wenn nicht begrenzt, die halbe Weltvernichtung bedeuten würden—noch bedrohlicher als aller IS sein würde.

Da bisher alle Klassen, sei es die Großbourgeoisie, die Mittelschicht, ja auch die Arbeiterklasse bisher „historisch versagt“ haben als neue Träger einer historischen Mission einer friedlichen Weltordnung und einer internationalen Identität, gilt es eher darum allgemein erst einmal Menschen

zusammenzubringen, die sich eine Weltregierung oder internationalere, fester institutionalisiertere Kooperationsformen denken und auch organisieren können. Daher gilt es heute einmal Weltstaatsmodelle zu überlegen, die um die G-7 oder gar G-20 gruppiert werden können als institutionalisierte Weltgemeinschaft angestrebt, die zwar noch Nationalstaaten und kapitalistische Ökonomie kennt, aber eben auch ein Subsidiaritätsprinzip verankert. Oder aber eben man denkt schon mal andere internationale Organisationsformen an, die nicht mehr den Kapitalismus und die Nationalstaaten kennt, insofern man zu dem Schluss kommt, dass die Existenz von Nationalstaaten ohne weltregulierende Steuerungseinheit mehr dem Feudalismus gleichkommt, der uns in einander bekämpfende Fleckenteppiche zum Schaden aller oder der meisten zergliedert. Alle anderen Fragestellungen werden zwangsläufig zu regressiven Schutzmechanismen führen, die das Letzte vom Sozialen noch retten wollen.

Wahrscheinlich muss man erst einmal in der momentanen Phase die sozialen Abwehr- und Verteilungskämpfe führen, solange die Linke noch keine anderen Modelle entwickelt hat. Das verschafft der Linken überhaupt noch eine Rekonstruktionsphase, wenn sie nicht einmal liquid democracy, sharing economy, Bruttonationalglück als Gegenentwurf zum Bruttosozialprodukt und andere Modelle bewerten oder selbst nutzen kann, die zwar in ihrer Verfasstheit falsch sind und auch nicht die grundsätzliche Verbindung einer neuen Politökonomie herstellen, aber in ihren Grundsatzüberlegungen überhaupt mal Gegenmodelle hervorbringen können. Die Grundsatzfrage bleibt eben auch, ob alle neuen Gegenmodelle nicht die grundsätzlichen Kapitalwidersprüche und Kategorien wieder reproduzieren in neuer Form und man daher auf die Formulierung von Gegenmodellen verzichten sollte. Umgekehrt: Möglich, aber will man die Entwicklung von Gegenmodellen und einer Politökonomie schon deswegen prinzipiell aufgeben, weil frühere Modelle wie Freigeld, Kommunen, Realsozialismus, etc. auch schon fehlgeschlagen sind. Will man sich die Denkfreiheit damit generell selbst verunmöglichen? Und zudem: Vielleicht reproduzieren einige solcher Modelle alte kapitalistische Widersprüche, aber eben in einer moderateren Form, einer besseren Weltgemeinschaft oder Gesellschaft, die zwar auch nicht perfekt ist, aber ein gesellschaftlicher Fortschritt zum Bestehenden sein könnte und auch, insofern sie ein lernfähiges offenes System ist mittels try and error und learning by doing weitere Verbesserungen hervorbringt. Aber neben den praktischen Verteilungskämpfen, müsste sich eine Linke erst wieder theoretisch rekonstruieren und dabei auch die Frage der nationalen Identität klären und wie diese zugunsten einer internationalen Identität ersetzt werden kann angesichts der internationalen Vermehrung der Arbeiterklasse und der Globalisierung, in dem das Kapital zwar international agiert, die Arbeiterklassen aber immer noch im Standortnationalismus verharren, auch der Internationale Bund Freier Gewerkschaften. Ob es nun eine bestimmte Klasse sein muss, die die neue internationale Identität hervorbringt, bleibt auch die Frage.

Die Linke hat den Niedergang des Kommunismus nie verdaut. Vielen fällt dann auch nicht mehr ein als sich am staatsoligarchenkapitalistischen Russland oder China zu orientieren oder eben am „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der gerade in Venezuela am Kollabieren ist. Es fehlt ein Gegenmodell, denn außer ein bißchen Verteilungssozialismus oder Planwirtschaft hat die Linke nichts anzubieten. Wobei ersteres nur defensiv ist, während zweiteres niemand mehr will. Man hat auch nicht den Eindruck, dass die verherrenden Erfahrungen mit dem Kommunismus zu einer Aufarbeitung geführt haben. Entweder Anpassung an den Neoliberalismus oder aber mehr nostalgisches Zirkelwesen und die Theoretiker ala Marxistische Gruppe/ Gegenstandspunkt oder Wertkritiker verlegen sich auf akademische Insiderdiskussionen und Kapitallektüre (vielleicht notwendig, aber eben nicht ausreichend). Ich habe mal ein Gespräch zwischen David Precht und Sarah Wagenknecht gesehen, wobei Precht Sarah Wagenknecht fragte, warum die Linke keine neuen Gesellschaftsmodelle, Visionen und Utopien habe, sondern sich nur auf Verteilungskämpfe innerhalb des Kapitalismus konzentriere. Die heutigen Utopien kämen heutzutage im wesentlichen nicht mehr aus der Politik, sondern aus dem Bereich der Technologie und hier vor allem des Silicon Valley. Auch sei auffällig, dass heutzutage internetaffine Nerds innovative Diskussionen anregen, sei es jetzt Sharing economy oder Piraten. Insofern es noch Leute gibt, die überhaupt noch einen neuen Kommunismus möchten, müssten sie neben der Frage einer neuen Politökonomie, die nicht zentralistische Planwirtschaft oder semikapitalistischer Verteilungssozialismus ist, auch die Frage

nach der politischen Verfassung eines solchen Systems stellen. Ob Poppers „Offene Gesellschaft“, die Ideen der Gewaltenteilung und der Verbindung zwischen Ökonomie und politischem Wesen beantworten und auch zu verbinden wissen, wenn sie nicht wieder in einem neuen Totalitarismus landen möchte. Das politische System ergibt sich nicht selbständig nach dem Motto: Enteignen wir alles und dann sehen wir mal, wie wir es machen. Das wird sich dann schon von selbst einstellen. Die wesentlichen zwei revolutionären Richtungen, die Anarchisten und die Kommunisten hatten da zwei Extreme. Die Anarchisten waren basisdemokratisch bis zu dem Punkt der Desorganisation, des Chaos, was dann wieder anarchistische Führungspersönlichkeiten hervorbrachte und die Leninisten/Trotzkisten/Stalinisten, die eine Einparteienherrschaft mit Planwirtschaft und totaler top-down-Hierarchie samt Führerkult wollten. Kommunistische Verfassungsentwürfe, die diskutiert worden wären, gab es nicht. Auch die Idee ein Mehrparteiensystem von Arbeiterparteien mit check and balances und Gewaltenteilung einzuführen, wurden noch nie diskutiert. Dabei wäre dies gerade ein denkbarer Mittelweg zwischen der anarchisierenden Dezentralisierung und der leninistischen Zentralherrschaft. Aber dann wären wir immer noch bei einer Arbeiterklassen bestimmten politischen Organisationsform und würden nicht andere Klassen einbeziehen, außer das deren Auslöschung wieder angelegt sein würde.

Tatsache ist: Finanzkrisen, Flüchtlingsströme, Umweltkrisen und Klimawandel wie auch nationalstaatliche Militärkonkurrenz zwischen Russland, China und den USA sind heutzutage so international in ihren Ursachen und Auswirkungen, dass der Nationalstaat als Schutzraum und Problemlöser zunehmend fragwürdig wird. Einige einfache Überlegungen: Die nächste Finanzkrise kann nicht verhindert werden durch nationale Schutzbestimmungen, sondern nur durch Regulierungen internationaler Art. Der OECD-Vorstoss zum Stopfen von internationalen Steuerschlupflöchern war hier ja auch schon ein Schritt. Die CO₂-Reduktion wird auch nur durch internationale Kooperation gelingen. Die Flüchtlingskrise wäre keine, wenn z.B. die EU 2% ihrer Bevölkerung als Obergrenze und Kontingent ihrer 505 Millionen Einwohnern gleichmässig verteilen würde – damit könnte man locker 10 Millionen Flüchtlinge aufnehmen, d.h. die gesamten Flüchtlingslager in der Türkei, Jordanien, Nordirak, ja selbst Yemen und Afghanistan. Alternativ gedacht: Wenn China oder Indien 20 Millionen Flüchtlinge aufnehmen würden bei einer Bevölkerungszahl von jeweils 1,3 Milliarden, wäre dies ebenso keinerlei Belastung. Klar wäre dies nur erst einmal Symptombekämpfung, aber zeigt die Kapazitäten internationaler Kooperation, die ein Nationalstaat nie leisten kann – ausser sich abzuschotten. Neuere territoriale Konflikte in Europa und dem Pazifik zwischen den USA, Russland und China, die aus der einen Sicht eine multipolare Weltordnung, aus der anderen Sicht eine unipolare Weltordnung und einen neuen Konsens des „Neuen Typs der Großmachtbeziehungen“ hervorbringen sollen, sind derart nationalstaatlich gedacht und eine derartige Weltkriegsgefahr, dass es eine internationale Organisation braucht, die diese nationalstaatlichen und fast schon reichsmäßigen Ansprüche zugunsten einer internationalen Kooperation beseitigt. Aber da immer noch die Nationalstaaten wie im Feudalismus die Königs- und Fürstentümer bestehen und die nationalen Identitäten so ausgeprägt sind, zumal auf einer Politökonomie, die Konkurrenz und vor allem Standortkonkurrenz als oberste Maxime hat, ist hier keine Lösung zu sehen. Eine internationale Identität, die aufgrund einer neuen Politökonomie eine Weltgemeinschaft herstellt, eine Neue Weltordnung, sollte das Ziel sein, das man politisch organisieren sollte. Aber wie sich die Menschen in der Stammesgesellschaft keine Regionalherrschaft vorstellen konnten, die Menschen im Feudalismus sich keinen Nationalstaat vorstellen konnten, so können wir uns heute noch keinen Weltstaat oder eine supranationale Organisation, die einem Weltstaat näher kommt als einer zahnlosen UNO vorstellen. Alle Trends gehen momentan in die entgegengesetzte Richtung.

Aber dass es angesichts der regressiven Tendenzen hin zur nationalen Identität und weiterer Subidentitäten angesichts der realen Begrenztheit des Nationalstaats und seiner Politökonomie der Standortkonkurrenz und der Frustration darüber in der Realwelt auch mal wieder eine internationale Gegenbewegung geben wird, die angesichts der Ernüchterung der Begrenztheit der Nationalstaaten, die sich immer weniger als Schutzräume angesichts der Globalisierung erweisen können, ist ebenso absehbar – es sei denn wir landen in der absoluten Barbarei – aber das Ende der Menschheit wurde schon des öfteren vorausgesagt, sei es das Ende des Kapitalismus 1929, sei es der 3. Weltkrieg um

Kuba und während des Kalten Krieges. Manchmal kommt es eben anders als man nicht zu hoffen wagt und leben die Kräfte einer fortschrittlichen Menschheitsentwicklung wieder auf und erblühen in einem neuen Zeitalter. Wenn man solch einer neuen Bewegung einen Namen geben sollte, dann Globalismus. Was bedeutet Globalismus als Kurzformel: Eine internationale Organisation jenseits der Nationalstaaten, des Kapitalismus und des Realkommunismus, die die wesentlichen Hauptprobleme der heutigen Welt löst: Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und Flüchtlingskrisen und die zunehmende militärische Bedrohung im Schatten von Massenvernichtungswaffen zwischen Nationalstaaten, vor allem den USA und Russland und den USA und China, die aber bei Kriegsausbruch vernichtender als die letzten beiden Weltkriege wäre. Dabei kann man auch bei einer internationalen Organisation immer noch das Subsidiaritätsprinzip walten lassen, d.h. nicht alle Aufgaben an sich ziehen, sondern nur die für das Überleben der Menschheit wichtigen. Globalismus bedeutet auch keinesfalls Vereinheitlichung aller Kultur und aller Lebensäußerungen. Es soll kein Mao oder Adolf goes global sein! Von daher müssen auch innerhalb solch einer internationalistischen Struktur neben subsidiaritären Elementen die Prinzipien von check and balances und der Gewaltenteilung gelten, damit kein globaler Totalitarismus herauskommt. Dabei dürfte es auch bei Globalisten unterschiedliche Strömungen geben. Die reformistischen und die revolutionären, die Reformer, die sich eine internationale Organisation rund um die G7, G-20 oder ein anderes Forum der internationalen Kooperation vorstellen, die die Nationalstaaten subsidiär unterordnet, organisatorisch einer internationalen Organisation in Teilbereichen unterstellt und die Revolutionäre, die eben glauben, die Institution des Nationalstaates müsste beseitigt werden wie auch eine Politökonomie, die auf Kapitalismus oder Oligarchenkapitalismus funktioniert. Hierzu kann eine internationale global- revolutionäre Bewegung dienen oder aber eben eine reformistische internationale Bewegung, die eine Art Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit nach deutschem Modell der Sozialdemokratie weltweit anvisiert. Andere denkbare Formen sind ein globaler Totalitarismus, die alles einem zentralistischen Weltstaat unterordnen will oder aber ein kapitalistischer Weltstaat, der nur die Sicherheitsfunktionen vereinigt zugunsten weiterer kapitalistischer Ausbeutung und Kapitalakkumulation, was auf einen globalen Law-and Order-Überwachungsstaat mit neoliberaler Grundausrichtung hinauslaufen würde. Aber wie gesagt: Bis sich eine globale Bewegung ergibt wird es erst einmal eine weltweite Regression bis hin zur Barberei geben, bevor Menschen überhaupt die begrenzten Kapazitäten von Nationalstaaten und ihres kapitalistischen oder oligarchenkapitalistischen Wirtschaftssystem sehen. Für alle, die diese absehbare Entwicklung schon jetzt kommen sehen, ist dieses Manifest als Denkanstoss gerichtet.

<https://www.global-review.info/2015/12/22/manifest-des-globalismus-gegen-kapitalismus-kommunismus-und-nationalstaatenkonkurrenz-teil-2/>

Manifest des Globalismus–gegen Kapitalismus, Kommunismus und Nationalstaatenkonkurrenz–für den Weltstaat mit einer neuen Ökonomie (Teil 2)

von Ralf Ostner

Gepostet am Dienstag, Dezember 22nd, 2015 um 18:53

Viele Kritiker der westlichen Außenpolitik im Nahen Osten behaupten, dass man die jetzt gefragte Ursachenforschung viel tiefer ansetzen müsse, nämlich in der Geschichte des westlichen Imperialismus. Aber was meinen sie mit einer Kritik am Imperialismus eigentlich? Da kommen dann merkwürdig lokale Zuschreibungen davon vor: Der Putsch gegen Mossadegh sei der wesentliche Grund für die Existenz aller Übel in der Region und in der gesamten darauffolgenden Nahost-Geschichte. Andere Liebhaber und intime Kenner des Nahen Ostens machen das Sykes-Picots- Abkommen oder Israels angeblichen „Aggressionskrieg“ gegen Ägypten und die Araber abwechslungsweise 1956 oder 1967 für alles Böse verantwortlich. Der historischen Daten, die den Wendepunkt von allem gebracht haben sollen gibt es mindestens so viele, wie es Orientalisten und Islamwissenschaftler gibt. Dabei ist auffällig, dass hier keine Imperialismus-Theorie folgt, die auf Ökonomie und Nationalstaatenkonkurrenz grundsätzlich eingeht, sondern nur der moralische Zeigefinger gegen einen Putsch gegen einen scheinbar einsamen Helden erhoben wird. Irgendwie ging es ums Öl, das sich die Amis sichern wollten, das der Mossadegh dem iranischen Volk als

Wohlstandsquelle zugute kommen lassen wollte, dabei wurde er von den US-Ölmultis und ihrer Regierung gehindert und deswegen büßen wir heute an allem was im Nahen Osten seitdem geschah. Damit ist eigentlich die ganze Story und die Imperialismustheorie in Richtung „Ungerechtigkeit“ vollbracht, aber eben keine Imperialismus-Analyse gebracht, sondern eher ein Politthriller mit unschönem Ausgang, bei dem der Held quasi als Märtyrer und geschichtliche Wendemarke aller Geschichte des Nahen Ostens dient. Hierbei wird oft so getan, als wenn die USA nicht Mossadegh im Iran gestürzt und durch den Schah ersetzt hätten, die heutige Weltlage friedlich und harmonisch wäre und es all die Kriege, Massaker, menschlichen Abscheulichkeiten im Nahen Osten nie gegeben hätte. ((einseitig naiv))

Zum einen ist dies sehr monokausal gedacht, zum anderen auch fragt man sich dann, ob man nicht noch weiter in die Geschichte zurückgreifen könnte, sei es nun die französische Revolution samt Aufklärung und Napoleons Ägyptenfeldzug oder die Spaltung der muslimischen Welt in Sunniten und Schiiten oder aber die christlichen Kreuzzüge. Als Ursache taugt alles und man kann auch Kausalketten bis in die Gegenwart und Zukunft verlängern und weiterspinnen. Aber zum einen stellt sich die Frage: Da man diese Ereignisse nicht rückgängig machen kann, was „man“/“wir“ denn nun tun soll und zum zweiten, ob man an die heilsgeschichtliche Story glaubt, wenn „man“ /“wir“ sich aus allem raushalten würde, die ganze Sache eine bessere Entwicklung nehmen würde. Wobei eben die Frage ist, wer „man“/“wir“ immer sein soll, wenn nicht Nationalstaaten und die Wirtschaft, die das per Wahlen alle 4 Jahren akklamieren lassen oder nicht und das Sagen haben, Nationalstaaten auf Basis des Kapitalismus, zumal eben die ganzen Kriege, Krisen sich ja gerade nationalstaatlicher und kapitalistischer Konkurrenz, also von Nationalstaat und Kapital als Ursachen verdanken. Soweit geht die Imperialismus-Analyse nicht, sondern man konzentriert sich auf einzelne Symptome, märtyrerhafte einzelne historische Ereignisse und Personen als vermeintlich weltgeschichtliche Wendemarken. Und umgekehrt: Falls „der Westen“ oder andere Mächte intervenieren, wie dies geschehen soll und inwieweit das dann die Widersprüche beseitigen kann oder aber eben nicht neue Widersprüche hervorbringt.

Meiner Ansicht nach geht die ganze Vorstellung von einem sehr linearen Bild aus: Eine Intervention oder eben Nichtintervention könne Widersprüche beseitigen anstatt zu sehen, dass jegliche Intervention und Nichtintervention neue Widersprüche hervorbringt, solange man eben nicht an den Grundwidersprüchen ansetzt, die diesen Widersprüchen zugrunde liegen, nämlich Kapitalismus, aber vor allem nicht-internationale Identitäten auf Basis von Nationalstaat, Ethnie oder Religion, wobei ersterer ja meistens mittels letzterer beiden legitimiert wird. Hier möchte ich auf die Yin- und Yang-Lehren des Daoismus und die Widerspruchslehre von Mao Tsetung hinweisen, wonach „der eine Widerspruch den anderen neuen schon in sich birgt“ und „die Beseitigung eines Widerspruchs neue hervorbringen wird“. Mao sah wie Trotzki nie ein zu erreichendes Endziel einer harmonischen Gesellschaft, sondern stellte dies als langen, anstrengenden Kampf dar oder wie Trotzki als „permanente Revolution“. Trotzki und Mao wurden von all den anderen Marxisten, vor allem den Sowjetmarxisten dafür kritisiert, dass sie die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht als historisch-materialistisch-linearen Fortschrittsvektor sahen, bei dem der Kommunismus mit dem historischen Materialismus zwangsläufig kommen müsste, sondern **als ständigen Kampf gegen revisionistische und reaktionäre Tendenzen**, die auch Mitstreiter haben konnten. Aber während Trotzki da noch die Idee von einem Weltsowjet, einer grossen Weltgemeinschaft hatte, so fabrizierte sich Mao nur auf ein nationalkommunistisches China innerhalb dessen man seine Klassenkämpfe austragen sollte und weniger weltweit. Deswegen legte Mao auch wesentlich mehr den Fokus auf den Klassenkampf nach innen, namentlich der Kulturrevolution als nach außen, während Trotzki immer noch den Ideen der Weltrevolution, des Weltsowjets oder später weniger ambitioniert den Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa nachging, bevor er samt allen Anhängern vom Nationalkommunisten Stalin ermordet wurde .

Beispiele, wie ein Widerspruch gelöst wurde, um den nächsten zu befördern, gibt es genug. Sei es Großbritannien, das Preußen gegen Frankreich unterstützte, bis sich dann Preußen ins Deutsche Reich transformierte und 2 Weltkriege gegen das britische Empire, Russland und Frankreich gleichzeitig losbrach. Sei es Roosevelts Bündnis mit Stalin gegen Nazideutschland, um damit letztendlich den Sowjetkommunismus bei seiner Expansion zu fördern, um dann den Kalten Krieg zu erhalten, dann China und alle Islamisten zu fördern, bis die Sowjetunion kollabierte, um dann China und den

Islamismus als neuen Rivalen fürs nächste 21. Jahrhundert zu erhalten. Man sieht: Ein Widerspruch gebiert den nächsten Widerspruch.

Detaillierter: Nehmen wir einmal China. Als die maoistische Revolution in China siegte, bestand die Möglichkeit einer ganz großen Sowjetunion, die die UdSSR mit China als Gesamtgebilde verschmelzen lassen hätte können. Stattdessen beharrte Mao auf der Eigenständigkeit Chinas, reproduzierte damit eigentlich Stalins gross-nationalistisches Credo vom Sozialismus in einem Land, das Trotzki immer kritisiert hatte, da er für eine Weltrevolution und einen Weltsowjet eingetreten war, was die beiden National-Kommunisten wie Stalin und Mao eben nicht mehr interessierte, weswegen dann auch die nationalstaatlichen Differenzen zwischen beiden kommunistischen Nationalstaaten aufkamen. Die Versuche Chruschtschows sich China unterzuordnen, begegnete Mao mit einem Schisma zwischen Peking und Moskau. Gleichzeitig **schlug** die Sowjetunion den USA dann als nächstem Schritt unter Breschnew **vor, einen gemeinsamen Militärschlag gegen in China** befindliche Atomanlagen zu starten, um das Erstarren eines neuen Chinas zu verunmöglichen, **was Nixon dann ablehnte**. Ja, Nixon leitete seinen historischen China-Besuch ein, liess China Atommacht und UNO-Sicherheitsratsmitglied und unter Deng Xiaoping dann eine semi-kapitalistische Macht werden. Resultat war, dass die UdSSR durch die US-/NATO-Aufrüstung und die zweite Front durch China samt Förderung des Islamismus in Afghanistan und weltweit eben so geschwächt wurde, dass sie kollabierte, China aber gleichzeitig nun als neuer Herausforderer der US-Hegemonie heranwuchs, die den US-Imperialismus noch bis zum vermeintlichen Endkampf ins nächste Jahrhundert beschäftigen wird, wenn es nicht zuvor zu einem **sino-amerikanischen** Krieg kommt, insofern sich nicht eine Macht der anderen unterordnet oder a la Brzezinski eine **G-2** eingeht oder ein Chimerica wird.

Man sieht: Ein Widerspruch gebiert den nächsten. Selbiges war ja ebenso, dass die USA eben den Schah ranputschen liessen, um Khomeini zu bekommen oder aber eben die Islamisten von Muslimbrüdern bis hin zu den afghanischen Mudscheddin und Bin Laden gegen die Sowjetunion aufrüsteten, um dann 9-11 und den Islamismus im gesamten Greater Middle East zu produzieren. Für die Zukunft heisst dies eben auch, dass etwa die Anti-IS-Koalition ebenso dazu führen kann, dass China und Russland neue imperialistische Möglichkeiten in Europa oder in Asien oder anderswo suchen und der Iran eben anstatt des IS die gestärkte Regionalmacht werden könnte, die dann auch wieder mit dem Westen in Widersprüche gerät. Man muss also schon viel grundsätzlicher anfangen bei der Analyse der Grundwidersprüche. **Die Hoffnung auf Nationalstaaten und deren Kompromissfähigkeit zu setzen**, dazu auch die Hoffnung zu haben, dass das dem zugrunde liegende Krisenwirtschaftssystem des Kapitalismus, das eine ebenso ständige Revolution aller gesellschaftlichen Verhältnisse inklusive der Globalisierung mit sich bringt, eine Lösung sein kann, **ist da der Grundwiderspruch**.

Kommunisten meinten, wenn sie eine Planwirtschaft einführten, dass damit alle Widersprüche gelöst seien. Da die vermeintlich alleinige ökonomische Grundlage der Staatenkonkurrenz beseitigt sei, würde es keine Konflikte mehr geben. Aber es gab auch zwischen kommunistischen Staaten Konflikte, sei es nun zwischen China und der Sowjetunion oder zwischen HoChiMinh- Vietnam und Pol-Pot- Kambodscha. Also selbst kommunistische Planwirtschaften konnten die Nationalstaatenkonkurrenz nicht beseitigen, weder mit imperialistischen Staaten, noch zwischen kommunistischen Staaten. Von daher ist der Glaube, man könne eine reine ökonomische Lösung aller Weltenprobleme durch ein neues Wirtschaftssystem herzubekommen und alles in nationalen Rahmen von Nationalstaaten belassen insofern falsch, inwieweit man eben noch an die Nationalstaaten als Lösung und nicht als neue Problemursache, sondern an Nationalstaaten als konstituierendes und positives Grundelement aller Weltordnung glaubt. Gerade die Nationalstaatenkonkurrenz, also auch die Bündnisse zwischen kommunistischen und kapitalistischen Nationalstaaten gegen andere kommunistische Nationalstaaten zeigt, wie tief die nationale Identität und der Nationalismus auf Basis des Nationalstaates jenseits aller Wirtschaftssystem weiterbesteht. Von daher sollte man für einen Globalismus eintreten, der versucht einen möglichst grossen Weltstaat herzubekommen, natürlich mit Subsidiaritätsprinzip und Check- and Balances wie auch ein neues Wirtschaftssystem. Globalismus anstelle von Kapitalismus, Kommunismus und Nationalstaatenkonkurrenz–für einen Weltstaat auf Subsidiaritätsprinzip und einer neuen Ökonomie.

Natürlich erscheinen die Vorstellungen von einem Weltstaat oder zumindestens einer größeren weltpolitischen Einheit **im Moment illusionär und ich werde sie auch nicht mehr erleben, aber man muss sehen, dass** man sich solche Gebilde wie den Nationalstaat im Fleckenteppich des mittelalterlichen Feudalismus oder dann die EU oder die NATO oder die SU im Fleckenteppich der

Nationalstaaten im Kapitalismus früher auch nicht vorstellen konnte, sondern sie nach einer Katharsis und einer tiefen Krise des Systems, zumeist Kriegen entstanden sind.

Ich rechne für die nächsten Jahrzehnte eher mit einer **Verschärfung der regressiven Tendenzen** hin zum Nationalstaat, Ethnie und Religionen, auch wieder mit Grossmachtskonflikten, wenn nicht gar Kriegen (davon spricht inzwischen der US-Generalstabschef offen), zudem mit einer erneuten Finanzkrise und den Auswirkungen des Klimawandels—dies obgleich dem erneuten **Globalisierungsdruck**, der durch die Digitalisierung und Industrie 4.0 ansteigen wird. Aber der politische Überbau hinkt den ökonomischen Tendenzen da oft hinterher, weswegen es zu Friktionen, Spannungen und Konflikten kommt. Ein solcher Druck hin zu globalen Lösungen wird kommen, wenn die Nationalstaaten, die zahnlose UNO und G-20 und das heutige Wirtschaftssystem die globalen Probleme nicht mehr imstande sind zu lösen, da sie sie ja eben gerade hervorrufen. **Dann kann es nur noch weitere Regression bis hin zur Barbarei oder aber eine Gegenbewegung hin zu weltweiter Organisation geben.**
